

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

138 (18.6.1914)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abon-  
 nementspreis: Zugestellt monatl. 75 ¢, vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.  
 65 ¢; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.  
 Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 11 Uhr.  
 Postfachkonto Nr. 2850.  
 Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.  
 Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 ¢. Lokalinsertate  
 billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 11 Uhr vorm., für größere Inserate  
 am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Würdiger Landtag- schluß.

Die Mehrheit des preussischen Dreiklassenhauses hat es sich also doch nicht nehmen lassen, den eben zum Abschluß gelangten Abschnitt ihrer Wirksamkeit durch eine Tat zu krönen, die alle Züge ihres edlen Wesens gleichsam in einem Strahlenbilde zusammenfaßt. Sie hat gegen allen parlamentarischen Brauch den Genossen Liebknecht an den Leipziger Ehrengerichtshof ausgeliefert, und darf jetzt in ihre Ferien die angenehme Hoffnung mitnehmen, daß es gelingen werde, einen unbedeutenen Gegner aus seinem bürgerlichen Beruf als Rechtsanwalt auf dem Wege des Disziplinarverfahrens hinauszudrängen.

Liebknecht soll fliegen, weil er vor vier Jahren den russischen Nikolaus einen „gekrönten Verbrecher“ genannt hat. Wehnlich starke Worte auch auf die Tat der preussischen Dreiklassenmehrheit anzuwenden, wäre kaum angebracht. Denn die russische Reaktion ist ein Monstrum der Bestialität, in ihrem Verbrechertum großzügig. Die preussische bleibt nur ein Quäter im Kleinen, wo ihre russische Kollegin ein Söcher im Großen ist. Ein armer Teufel, der in der Not auch Fliegen frisst, ist sie stets darauf bedacht, auch das Kleinste nicht umkommen zu lassen. Da die Schurkerei weder engros landesüblich noch zeitgemäß ist, muß sie sich mit Schusterlestreichen endetail begnügen. Könnte sie die vier Millionen Sozialdemokraten allesamt standrechtlich erschließen lassen, die Verfassung in die Luft sprengen, das Reichstagswahlrecht aufheben, sie würde sich keinen Augenblick bedenken, es zu tun. Da es soweit nicht langt, so muß sie sich damit begnügen, hinter rote Hochverweigerer den Staatsanwalt zu heben, gegen arme Schächer, die einen dummen Streich bezogen, die Richter zu ungeheuerlichen Urteilen anzureizen, und einen lästigen Parlamentskollegen um sein Anwaltsamt zu bringen. Viel ist freilich nicht, aber man tut, was man kann.

Daß solche Erbarmlichkeit dank dem Geiz der Trägheit noch immer ein großes Reich regieren kann, das ist das Ungeheuerliche, fast Unbegreifliche. Wennschon gegenüber einer solchen Gesellschaft das Gefühl der Empörung kaum noch hochkommen kann — denn in der Empörung liegt immer noch ein Stück Achtung — dann sollte doch, so mühte man annehmen, eine Welle des Widerwillens dieses System der qualerischen Schädigkeiten eines Tages mit Macht hinwegpülen. Ein reinigender Blitz müßte in diese Atmosphäre des Efels hineinfahren, in der alles verkleinlicht, erniedrigt wird, und jeder Kampf um Grundstücke zu einem Feldzug persönlicher Rachsucht und Verfolgungsjagd ausartet.

Dann stellen sich diese Leute freilich noch hin und klagen über den Ton, in dem mit ihnen geredet wird. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten können den Ton gar nicht treffen, der den Gefühlen des Volks gegenüber dem Dreiklassenhaufe entspricht, dieser Ton läßt sich gar nicht mehr in Worte kleiden, er ist nur noch im Ausdruck einer gewissen psychologischen Regung. Denn was die Mehrheit dieses Hauses treibt, ist gar nicht mehr zum Reden und zum Schreiben, es ist nur noch zum Krantwerden. Wui ist nach einer berühmten Definition der Ausdruck des Efels und der Verachtung; nie war dieser Ausdruck besser am Platze als in dem Augenblick, in dem das Dreiklassenhaus — leider nicht für immer — in die Versenkung verschwand.

Wenn es im Spätherbst wiederkommt, was wird sein Anfang sein? Die Konservativen wollen die Aenderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der ersten Sitzung stellen, die Sozialdemokraten wünschen statt dessen eine Erörterung der Wahlrechtsfrage. Was die Konservativen mit ihrem Antrag bezwecken, das hat einer der Ihren recht treffend zusammengefaßt, als er dem sozialdemokratischen Redner in der Immunitätsdebatte, dem Genossen Sänisch, das schöne Wort „Maulhalten“ entgegenrief. Maulhalten soll alles, was nicht mit den Konservativen sinit: Maulhalten soll die Opposition im Parlament, Maulhalten soll das Volk, zum Maulaufreißen sind nur die Herrenhäuser und die Agrarier da. Das militaristische Unteroffiziersideal, daß immer nur der eine schimpfen darf, worauf der andere zu antworten hat: „Zu Befehl, Herr Unteroffizier!“ soll in der verneuert preussischen Geschäftsordnung seine restlose Verwirklichung finden. Die nach notwendigen Reformen rufen, sollen geknebelt werden, bis sie stille sind.

Diese uppreussische, echtkonservative Politik trägt den vollen Gennungsstempel ihrer charaktervollen Urheber, sie verrät aber zugleich einen bemerkenswerten Mangel von Intelligenz, denn sie ist auf ein unerreichbares Ziel gerichtet und vollkommen utopistisch. Nie wird der Polizeileutnant, nie wird der Staatsanwalt ausreichen, um die Reste der Parlaments- und Pressefreiheit vollständig zu vernichten. Diese geschändeten und verstümmelten Reste werden sich aber stets als die stärksten Waffen der Opposition erweisen. Was die oppositionelle Propaganda des Wortes an Freiheit verliert, wird zehnfach wettgemacht durch die aufreizende Wirksamkeit, die die reaktionäre Pro-

paganda der Tat entfaltet. Für die Sache der Wahlreform ist es am Ende besser, wenn hinsichtlich der Tagesordnung der nächsten Sitzung nach dem Vorschlag der Konservativen, als nach dem sozialdemokratischen Vorschlag verfahren wird. Denn die Notwendigkeit der Wahlreform kann vor aller Welt am besten dadurch demonstriert werden, daß sich die Gemeinheit der herrschenden Gesinnungen in aller Nahtzeit offenbart.

Man darf der Mehrheit des preussischen Dreiklassenhauses das Zeugnis ausstellen, daß sie stets das Ihre getan hat, um die Volksmassen gegen sich aufzureizen, gegen sich und gegen das Wahlhystem, dem sie ihre Entstehung verdankt. Nun wir das Unsere, um die Gefühle, die sie durch ihre Taten erweckt hat, nicht zur Ruhe kommen zu lassen! In fünf Monaten, bis zum Wiederzusammentritt des Hauses, läßt sich vieles schaffen, und vorbereiten. Mag dann im November das Haus ein Willkommen des Volkes greifen. Wie sich gehört!

### Deutsche Politik.

#### Die Zeitungsausstellungen auf der Leipziger Buch- gewerbeausstellung.

Eine der bemerkenswertesten Abteilungen auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik ist die Halle für die Tagespresse. Um diese Veranstaltung hat sich besonders der Professor Martin Spahn in Straburg i. El., der Sohn des so bekannten Zentrumsführers, verdient gemacht, der wohl damit für ein von ihm geplantes Zeitungsmuseum die Grundlage schaffen wollte. Es muß anerkannt werden, daß Spahn mit bemerkenswerter Objektivität zu Werke gegangen ist. Das „Leipziger Tageblatt“ veröffentlicht nun (Nr. 298 vom 15. Juni) eine ausführliche Besprechung dieser Zeitungsausstellung, die besonders für die sozialdemokratische Partei recht schmeichelhaft ist. Sammelausstellungen habe nur die konservative Partei, die nationalliberale Partei und die Sozialdemokratie veranstaltet. Vom Zentrum sind nur „Kölnische Volkszeitung“, „Augsburger Postzeitung“ und „Schlesische Volkszeitung“ in einer Reihe vertreten, von den anderen Parteien haben einzelne größere Blätter, die „Frankfurter Zeitung“ und „Samburger Nachrichten“ ausgestellt. Beim Zentrum, so sagt der Bericht des „Leipziger Tageblatts“, fehle jeder Versuch einer systematischen Darstellung der Entwicklung und des Umfangs der gesamten Zentrumspresse. Dasselbe sei von der konservativen Presse zu sagen. Keine einzige Ziffer, kein einziger statistischer Hinweis gebe Auskunft über Verbreitung und Umfang der konservativen Presse. Nicht ohne pikanten Beigeschmack wirke es, daß sich unter den hier vertretenen Zeitungen auch die „Deutsche Tageszeitung“ eingestellt habe, die doch sonst nicht selten auf ihre Selbstständigkeit gegenüber der konservativen Partei poche. Und dann heißt es in dem liberalen Blatt von der sozialdemokratischen Aus-

stellung: „Während in der Reihe der konservativen Presse das tägliche Auswechselfeln der einzelnen Zeitungen zu wünschen übrig läßt, muß man der sozialdemokratischen Presse in dieser Beziehung außerordentliche Promptheit nachrühmen. Ueberhaupt macht diese Abtheilung — eine Doppelreihe — den Eindruck sorgfältigen, zielbewußten Aufbaues und zweckmäßigster Anordnung. Die Drucke der ältesten sozialdemokratischen Blätter sind neben den ersten Auflagen bekannter sozialdemokratischer Führer unter Glas und Rahmen aufbewahrt; beleuchtete Glasbilder gestatten einen Blick in das Innere von sozialdemokratischen Druckereien, und auf Tafeln mit geschickt aufgemachten graphischen Darstellungen offenbart sich die riesenhafte Entfaltung der sozialdemokratischen Presse. An 110 Parteiblättern sind 291 Redakteure, 88 Geschäftsführer, 425 Expedienten, Inseratenjannaler und sonstige kaufmännische Angestellte, 3044 Sezer, Drucker usw., sowie 8708 Zeitungsträger beschäftigt. Konservative Kreise haben die Zulassung dieser Ausstellung peinlich empfunden. Wenn aber der wissenschaftlichen Erkenntnis des Zeitungswesens gedient werden sollte, so dürfte kluge Vorurteillosigkeit die sozialdemokratischen Blätter nicht ausschließen — und wäre es auch nur, um gewissen bürgerlichen Mäthern zu zeigen, wie sehr die Opferfreudigkeit der Parteigenossen der sozialistischen Presse gedient hat, und was anderswo noch zu tun übrig bleibt. So kann letzten Endes die sozialdemokratische Abteilung im Sinne des Goetheischen Wortes wirken, daß sie ein Teil jener Kraft ist, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.“

Der Verfasser der Besprechung wollte wohl mit seinem letzten Satze der Sozialdemokratie einen Gieb versetzen; in Wirklichkeit spricht er damit nur die Erkenntnis aus, daß die sozialdemokratische Presse sich trotz aller Verfolgungen durch das Bürgerium überaus kräftig entwickelt hat.

Ergänzend sei noch mitgeteilt, daß in der sozialdemokratischen Ausstellung auch der Verlag S. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart mit seinen Buchersichtungen sehr reichhal-

tig vertreten ist. Außerdem findet man in der Abteilung Fachpresse die Gewerkschaftspresse vollständig. Eine Koje für sich haben in der Buchgewerbehalle das Leipziger Arbeiter-Bildungs-Institut, die Leipziger Arbeiter-Bibliotheken und der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“ belegt. Die Bugra wird auch von Arbeitern stark besucht. So waren am jüngsten Sonntag die Berliner Mitglieder des Verbandes der Buchdrucker-Gilfsarbeiter in stattlicher Zahl erschienen.

#### Die sozialdemokratische Fraktion und das Kaiserhoch.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kann sich noch nicht beruhigen. In ihrer Wochenrundschau vom Samstag abend verliert sie abermals, die bürgerlichen Parteien scharf zu machen für eine Geschäftsordnungsänderung. Die Regierung will sich die Hände freihalten, es sei Sache des Reichstags, hier einzugreifen und „Achtungsverletzungen gegen das Oberhaupt des Reiches im Hause des Reichstags einen Kiegel vorzuschieben.“ Die „Kreuzzeitung“ hingegen verlangt von der Regierung kategorisch, daß sie die Initiative zu einem Ausnahmengesetz ergreife, daß sie nicht warte, bis der Reichstag aus sich heraus irgend etwas tut. Das Junferblatt hat wohl nicht mit Unrecht die Empfindung, daß eine solche Aktion ausgeht wie das Hornberger Schießen. Aber auch einer Regierungsdaktion dürfte kaum ein besseres Schicksal beschieden sein. Mit anerkennenswerter Deutlichkeit entwickelt der angegebene Strafrechtslehrer und fortschrittliche Abg. Prof. Dr. v. Liszt in der „Vossischen Zeitung“ die Rechtslage, nach der zunächst jeder juristische Vorstoß gegen die sozialdemokratische Fraktion an der durch das Reichsgericht festgelegten Rechtsprechung in Fragen der Majestätsbeleidigung scheitern muß. Polemisch gegen den „Kreuzzeitungs“-Professor Krümmann zitiert Liszt eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 7. November 1907, also noch vor der Novelle zu dem Majestätsbeleidigungspatragraphen, durch die das Reichsgericht Sozialdemokraten, die in einer Wählerversammlung beim Kaiserhoch sitzen geblieben waren, freispricht. v. Liszt fügt dem hinzu:

„Die eingehende und gerade für unseren Fall überaus lehrreiche Begründung dieses Falles möchte ich dem Juristen der „Kreuzzeitung“ zum Nachlesen besonders empfehlen. Sie werden aus ihr entnehmen, daß gerade durch die Krümmannsche Argumentierung der strafgerichtlichen Verfolgung auch die letzte Aussicht auf Erfolg genommen worden ist. War der Reichstag bereits mit der Verlesung der Allerhöchsten Botenschaft geschlossen, so gab es auch keinen Präsidenten des Reichstags mehr. Und wenn nun der Privatmann Kämpf die Anwesenden, die auch nur Privatmänner waren wie er selbst, zu einem Hoch auf den Kaiser aufforderte, so war keiner von ihnen rechtlich verpflichtet, auf diese Aufforderung hin irgendwie zu reagieren. Eine Anklage gegen die Sitzbleibenden wegen Majestätsbeleidigung aber wäre, solange das Reichsgericht seine Ansicht nicht von Grund aus ändert, ein Schlag ins Wasser und damit eine Blamage für die Staatsanwaltschaft, sowie für den Justizminister, der für sie verantwortlich ist.“

Liszt versichert übrigens, daß er gar nicht einmal auf Krümmanns Standpunkt, daß der Reichstag mit der Verlesung der Vertagungsbotenschaft geschlossen sei, stehe, er ist der Auffassung, daß die Handlungen der Abgeordneten auch bis Ablauf der ganzen Sitzung unter die Immunität fallen und somit erst recht jedem gesetzlichen Zugreifen entriekt sind.

Ist so juristisch absolut nichts anzufangen, so wird sich auch gesetzgeberisch kein Kapital aus der Ausübung eines selbstverständlichen Rechts durch die sozialdemokratische Fraktion münzen lassen.

#### Der Rudolstädter Landtag

wird am 29. Juni zu einer kurzen Tagung zusammen-treten, um über den von der Regierung vollzogenen Verkauf von zum Kammergut Seedorf in Schleswig gehörigen Gütern zu beraten. Im Herbst wird der Landtag nach einer Tagung von nur kurzer Dauer geschlossen werden, da die dreijährige Legislaturperiode verfloßen ist und verfassungsgemäß Neuwahlen vorzunehmen sind.

#### Nationalliberaler Parteitag.

Der diesjährige Allgemeine Vertretertag der national-liberalen Partei findet am 10. und 11. Oktober in Köln statt. Ursprünglich war Ende September in Aussicht genommen. Dem nationalliberalen Parteitag geht eine Zentralvorstandssitzung voraus, die am 9. Oktober zusammentritt.

#### Die Reichstagsersatzwahl in Labiau-Wehlau

ist auf Donnerstag, den 16. Juli festgesetzt worden. Als konservativer Kandidat wurde Amtsrat Schrewe (Klein-hof-Lapiau) aufgestellt.

#### Der Kreuzenkurs in Elsaß-Lothringen.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bringen in Zetteldruck diese Nachricht:

„Eine hochwillkommene Nachricht geht uns toeben aus den Reichslanden zu. Wie uns nämlich unser nach Straburg entsandter Sonderberichterstatter drastisch mitteilt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach jene kaiserliche Kabinetts-orde, bezufulge seit zehn Jahren 25 v. S. der reichsständischen Rekruten in den Reichslanden selbst zur Fahne eingezogt

Seite 2.  
 lies wegen Mor-  
 unter Zubilligung  
 Berner wurde  
 ung“ meldet, er-  
 ng ein schweres  
 Snietska, dessen  
 er Frieda, sowie  
 id deren Brüder  
 nglück entstand  
 aren 8 Personen.  
 arinejugendwebr  
 ogie, geb. Prin-  
 ter dem Namen  
 i 400 Gäste der  
 Der von den  
 ung. Der Wert  
 auf viele Mil-  
 n Berleinschmid,  
 t bon über vier  
 id erschien mit  
 Lionen an Wert  
 ung einen Dia-  
 von den übrigen  
 schmid repräsen-  
 schäften sahen De-  
 Sicherheit der  
 ne Gelegenheit,  
 en.  
 ging gestern  
 ark im Süden  
 en.  
 Partei, Rechte  
 ermarm Adel;  
 die Inzerate:  
 24.  
 on gebreuten  
 erippe, schmeidet  
 Ferrine. Das  
 Semmelkuchen  
 einwürfelig ge-  
 enen Zwiebeln  
 Maggis Rinsen-  
 Drei angerührt  
 Dann gibt man  
 den Aufwallen  
 streicht sie durch  
 leischwürfeln in  
 der Arbeit stär-  
 keren Magen  
 illt, die absolut  
 rößten Schaden  
 s Frühstücks-  
 ffee. Hat man  
 so wird man  
 Dabei spart  
 sehr billig.  
 II  
 ark  
 tspreis  
 DR  
 ng.  
 referung  
 aft für  
 1915.  
 r. d. J.  
 arten  
 11 und  
 elangen  
 1876  
 büro,  
 en.  
 he.  
 verkaufe fort-  
 e Herren u.  
 Schuhe und  
 gute Sachen,  
 8971  
 Schwab  
 che 85.  
 on Betten u.  
 Postermöbeln  
 und billigen  
 Geschäft Nr.  
 r. 25. 3707

werden, binnen kurzem aufgehoben werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sie augenblicklich zum erstenmale außer Wirksamkeit getreten ist. Wir hoffen, diese Nachricht dahin auslegen zu dürfen, daß wir mit der Wiederabstimmung seiner Kabinettsordre im Interesse des Reiches und im Interesse des Reichslandes und seiner Bewohner selber rechnen können.

Das Scharfmacherblatt wird schon den Wind richtig zu deuten verstehen: man will offenbar in der neuen Regierung energisch daran gehen, in der Vorrussifizierung Elsaß-Lothringens nachzuholen, was vermeintlich in der letzten Zeit veräußert worden ist. Wenn man nur bei all dieser Schneidigkeit nicht schwere Enttäuschungen erlebt. Es bleibt immer noch richtig, daß der, der Wind jät Sturm ernten muß.

Ertrag der Wehrsteuer.

Der Wehrbeitrag wird für Frankfurt a. M. insgesamt 38 200 000 Mk. ergeben, also 3 Millionen mehr, als die anfängliche Schätzung erwarten ließ. Die Einkommensteuer für 1914 erhöht sich um rund 1 Million Mark gegen 1913.

Arreststrafen für Krankenkassenbeamte.

Das preussische Herrenhaus hat sich am Montag wieder zum üblichen Lun versammelt. Man beriet das Disziplinargesetz für die Krankenkassenbeamten. Der Entwurf wurde vom Abgeordnetenhaus auf Antrag unserer Genossen dahin abgeändert, daß die Arreststrafen als Disziplinarstrafen für Krankenkassenbeamte nicht angewendet werden dürfen. Im Herrenhaus beantragte Graf Vehr, diese Bestimmung zu streichen und zwar angeblich deshalb, weil eine allgemeine Regelung dieser Frage in nahe Aussicht stehe und man nicht einzelne Beamtengruppen vorweg nehmen solle. Das Haus stimmte ohne Debatte diesem Antrage einstimmig zu und gab somit dem Wünsche Ausdruck, widerspenstige Krankenkassenbeamte im Kerker zu sehen. Sonst begab sich in dieser Sitzung nichts Bemerkenswertes. Das Disziplinargesetz für Krankenkassenbeamte muß nun natürlich nochmals an das Abgeordnetenhaus zurück und dürfte wahrscheinlich bis zum Herbst liegen bleiben.

Die Finanzkommission des Herrenhauses hat die Beschlusnovelle unbeeinträchtigt angenommen. Sie wird diesen Dienstag vom Plenum verabschiedet.

Ausland.

Schweiz.

Zwangsbürgerung in der Schweiz. Soeben erscheint eine Vorlage, die wahrscheinlich im Herbst parlamentarisch behandelt werden wird und die geeignet ist, die Ungerechtigkeit, daß ein Drittel der Arbeiterschaft der Schweiz kein Stimmrecht hat, beseitigt. Es sollen alle in der Schweiz geborenen Ausländer im Moment ihrer Volljährigkeit zwangsweise Bürger ihrer Wohngemeinde werden, wobei der Bund die Kosten der Einbürgerung trägt. Von der halben Million Ausländer, die in der Schweiz wohnen, sind rund 150 000 in der Schweiz geboren. Die Zahl der in der Schweiz geborenen, alljährlich in Deutschland, Italien, Frankreich und Oesterreich zum Militär gestellungspflichtigen jungen Leute beträgt rund 9000. Die Schweiz liefert also durch ihre Schulen, durch ihre Sprache und Kultur dem Auslande tausende junge Leute, für die es ein kraßes Unrecht ist, wenn man sie jahrelang in die Kasernen einsperrt und ihnen die Disziplin zumutet, die in monarchischen Ländern bereits auf der Schulbank eingebrüllt wird, die aber in der Schweiz geborene junge Leute kaum aushalten können. Die Söhne der ausländischen Bourgeois langen einfach in den Gelbfad und werden mit einem Kostenaufwand von 600—1000 Francs Schweizer Bürger. Anders die Söhne der Arbeiter, da gibt es Leute, die bereits in dritter Generation in der Schweiz wohnen, die durch schweizerische Mütter völlig assimiliert sind, trotzdem aber Ausländer sind. Der Umstand beispielsweise, daß Städte wie Zürich, Basel und Genf keine sozialdemokratische Mehrheit haben, läßt sich nur durch die Stimmrechtslosigkeit dieser in der Schweiz geborenen Ausländer erklären. Sollte die bundesrätliche Vorlage Gesetz werden, so wird alljährlich eine Zwangsbürgerung von 3000 bis 4000 in der Schweiz geborenen Ausländern stattfinden, was sich als ein Gebot der Gerechtigkeit erweist. Im allgemeinen ist zu konstatieren, daß die Ausländer zweiter Generation sprachlich und politisch völlig in der Bevölkerung des Gebirgslandes aufgehen. Es war nur die bisherige Geldgierigkeit der Pöppelbürger der Gemeinden, die deren Einbürgerung verhinderte.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France.

42 (Fortsetzung.) (Nachdr. verb.) (Fortsetzung.) Evarist hörte zu und begriff ihn. Bisher hatte er die Girondisten im Verdacht, die Wiederkehr der Monarchie oder den Sieg der Orleanisten zu begünstigen und die Geldstadt, die Frankreich befreit hatte und die bereinst die ganze Welt befreien würde, ins Verderben zu stürzen. Jetzt, wo er der Stimme des Weisen lauschte, erkannte er höhere und reinere Wahrheiten, bildete er sich eine revolutionäre Metaphysik, die seinen Geist über die plumpen Zufälle, über die Irrtümer der Sinne, in das Reich der absoluten Gewissheit hinaus hob. An sich sind die Dinge ja durcheinandergemischt und voller Verwirrung; die Tatsachen sind so verwickelt, daß man sich darin verirrt. Robespierre vereinfachte sie, brachte Gut und Böse auf klare und einfache Formeln. Hier Föderalismus, dort Anteilbarkeit. In der Einheit und Anteilbarkeit lag das Heil, im Föderalismus das Verderben. Camelin schwelgte in der tiefen Freude eines Gläubigen, der das rettende und das verdammende Wort kennt. Fortan sollte das Revolutionstribunal, wie vormalig die geistlichen Gerichte, das absolute Verbrechen an sich kennen. Und da Evarist religiös war, so erfüllten ihn diese Offenbarungen mit dichter Begeisterung; sein Herz geriet in Entzücken und Freude bei dem Gedanken, daß er fortan ein Symbol besäße, um Unschuld und Verbrechen zu unterscheiden. Die Schätze des Glaubens werden allem gerecht!

Der weise Robespierre erleuchtete ihn auch über die ruchlosen Absichten Derer, die das Eigentum gleichmachen und Grund und Boden aufteilen, Reichtum und Armut aufheben und die glückliche Mittelmäßigkeit für alle einführen wollten. Von ihren Grundfäden bestochen, hatte er anfangs ihr Vorhaben gebilligt; es schien ihm den Grundfäden eines wahren Republikaners zu entsprechen. Aber Robespierre enthüllte ihm durch seine Rede bei den

Badische Politik.

Das Zentrum als Helferin der Sozialdemokratie.

Der badische Zentrumsführer, Geistlicher Rat Wader, findet in der „Kreuzzeitung“ einen begeisterten Lobredner, der ihm das Zeugnis ausstellt, daß Wader einer der fähigsten und bedeutendsten politischen Führer sei, dem nur hin und wieder die Einsicht in die Entwicklung der Parteihältnisse gefehlt habe. In diesem Leitartikel, den das preussische Junkerblatt dem badischen Zentrumsführer widmet, werden auch Erinnerungen nachgerufen, die freilich dem Zentrum nicht sehr angenehm sein dürften:

Eine demokratische Partei gab es in Baden nicht. Einige verprengte Achtundvierziger mit Rudimenten großdeutscher Gesinnung führten ein Leben im Verborgenen. Nur die „jüdischen Wühler“ fühlten das Bedürfnis nach demokratischer Betätigung. Diese Ansätze wußte Wader zu hegen, und wo sich ein freimüthiger Konventikel mit jüdischer Führung aufst, leistete Wader Beihilfe und führte die Zentrumstimmen reslos den Freimüthigen zu. So kamen allgemach anstelle von Nationalliberalen 4 bis 6 Demokraten in die zweite Kammer. Es war ein Kunstgewächs, gezeugt mit Waderscher Treibhauswärme.

Auch den Sozialdemokraten ließ Wader seine Hilfe angeheben; wo es einen Nationalliberalen zu hüthen galt, wurde auch ein Sozialdemokrat mit Zentrumshilfe gewählt. Wader wurde namentlich von konservativer Seite auf das prinzipiell Unrichtige dieser Taktik aufmerksam gemacht und ihm vorgehalten, daß es sich stets als politisch unrichtig und als sittlich falsch erwiesen habe, den Teufel durch Weßgebud auszu treiben. Wader aber stand auf seinem Schein.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß das Zentrum in Baden bei Reichstags- und Landtagswahlen sehr oft zugunsten der Sozialdemokratie den Ausschlag gegeben hat; ja es gab eine Zeit, in der das Uebereinkommen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bestand, mit aller Kraft gegen die einer Wahlreform abgeneigten Nationalliberalen vorzugehen und zu diesem Zwecke, wenn nötig, sich gegenseitig zu unterstützen. Es gibt auch Dokumente, in denen das Zentrum sich auf diese Taktik festgelegt hat. Freilich, heute wird dem Zentrum gerade die Erinnerung an jene Zeit doppelt unangenehm sein, und so stolz Wader sonst auf den „Kreuzzeitungs“-Artikel sein könnte, für den Viebesdienst, diese alten Erinnerungen ausgetrankt zu haben, wird er seinem Lobredner faum danken.

Fortschrittlicher Größenwahn.

In einem Entreelet über die Sitzung der Zweiten Kammer vom letzten Dienstag schreibt der parlamentarische Berichterstatter der „Neuen Bad. Landeszeitung“ über die Behandlung der Anträge auf Aenderung der Kreisverfassung u. a.:

Wie bei der Debatte um die Gewissensfreiheit im Landtag, war es auch diesmal wieder die Fortschrittliche Volkspartei, die den Kampf gegen das Zentrum ohne wesentliche Unterstützung der anderen Linksparteien durchzuführen hatte.

Man ist von den Fortschrittlichen große Sprüche gewöhnt allein was der Berichterstatter der „Neuen Bad. Landeszeitung“ sich in dem oben zitierten Sage leistet, geht über das Bohnenlied. Es ist noch in aller Erinnerung wie es bei der Debatte über die Gewissensfreiheit in allererster Linie der Abg. Kolb war, der mit denkbar größter Entschiedenheit für den fortschrittlichen Antrag eingetreten ist. In der Dienstagssitzung geschah das Gleiche, seitens der Abgg. Geiß und Dr. Frank. Beide sind mindestens so entschieden wie die fortschrittlichen Redner selbst, für den Antrag der Abgg. Venedey u. Gen. eingetreten. Daß Abg. Dr. Frank mit besonderer Schärfe die beleidigenden Äußerungen des Ministers v. Bodmann zurückwies, ist doch selbstverständlich. Der Versuch, die Fortschrittler als die einzigen zuverlässigen Kämpfer um die Gewissensfreiheit und den politischen Fortschritt hinzustellen wirkt einfach lächerlich. Wir anerkennen durchaus die Haltung der fortschrittlichen Fraktion bei den Kämpfen gegen die Reaktion im badischen Landtag, weisen es aber als im höchsten Grade ungehörig und anmaßend zurück, wenn die fortschrittliche Presse sich solche unbegründeten

Jacobinern die Anschläge jener Leute, deren Absichten so lauter schienen, und bewies, daß sie es auf den Sturz der Republik angelegt hätten, daß sie die Besitzenden nur deshalb beängstigten, um der rechtmäßigen Staatsgewalt mächtige und gefährliche Feinde zu schaffen. Sobald das Eigentum bedroht war, mußte sich die ganze Bevölkerung, die an ihrem Besitz um so mehr hing, als sie wenig besaß, jählings gegen die Republik kehren. Die Privatinteressen gefährdeten, hieß so viel wie konspirieren. Alle die also, die unter dem Deckmantel der Volksbeglückung und der Herrschaft der Gerechtigkeit, die Gleichheit und Gütergemeinschafft als erstrebenswertes Ziel für alle Bürger hinstellten, waren Verräter und Verbrecher von gefährlicherer Art, als die Föderalisten.

Doch die größte Offenbarung, die Robespierres Weisheit ihm brachte, waren die Verbrechen und Ausschweifungen des Atheismus. Camelin war nie ein Gottesläugner gewesen. Er war Deist und glaubte an eine Vorlesung, die über den Menschen wait. Doch er gestand sich, daß er von dem höchsten Wesen nur eine sehr innere Vorstellung hatte, die mit der Gewissensfreiheit eng verknüpft war; und so hatte er wohl begriffen, wie religiöse Geister nach dem Vorbilde von Solbach, Lalande, Helvetius und dem Bürger Dunois das Dasein Gottes leugnen und eine Moral aufstellen konnten, welche die Quellen der Gerechtigkeit und die Regeln eines tugendhaften Lebens in der Menschenbrust suchte. Ja er hatte Mitgefühl mit den Atheisten gehabt, wenn er sie verhöht und verfolgt sah. Robespierre öffnete ihm auch hierüber die Augen. Durch seine tugendhafte Verehrbarkeit offenbarte ihm dieser große Mann das wahre Wesen des Atheismus, dessen Absichten und Wirkungen; er bewies ihm, daß diese Irrlehre, die in den Salons und Boudoirs der Aristokraten entstanden war, die verruchteste Erfindung sei, welche die Feinde des Volkes erfinden konnten, um es zu entsetzlichen und zu knechten, daß es verbredlicher sei, den tröstlichen Glauben an eine belohnende Vorlesung aus den Herzen der Unglücklichen zu reißen und sie ohne Hügel und Weistern ihren Leidenschaften auszuliefern, die den

Verdächtigungen und Ueberhebungen erlaubt, wie sie der Bericht der „Neuen Bad. Landeszeitung“ über die Dienstagsverhandlungen der Zweiten Kammer enthält.

Wie's trefft — mal so, mal so!

Der Umstand, daß sich der Freiburger Erzbischof Dr. Hörber vor 5 Jahren in einem Brief an die Osterdienstagleute so warm für die Integralen ins Zeug legte, und der heute die Integralen in Akt und Mann erklärt, ist ein Schlag in die Zentrumsbude von nie dagewesener Tragikomik. Der „Beobachter“ macht daher in seiner gestrigen Nummer die fürchterlichsten Postreißerprüche, um den Schäfflein diese Wendung der Dinge wenigstens einigermaßen schmackhaft zu machen. Es handle sich um eine „Bosheit von quertreiberischer Seite“ und ein österreichischer Katholikenführer habe vor einiger Zeit gesagt, „die sog. Integralen vertreten einen Katholizismus, vor dem sich alles flüchtet“, und diese Flucht sei „eingetreten, nachdem man den Integralismus kennen gelernt habe“ u. f. f. Nach eingeholter Erkundigung sei der „Beobachter“ in der Lage, mitzuteilen:

Daß sich die in dem Brief des Erzbischofs gemachten Ausführungen in keiner Weise auf die Tätigkeit der Zentrumspartei und des katholischen Volksvereins in Baden beziehen. Der Herr Erzbischof, selbst ein treuer Zentrumsanhänger, bringt der Leitung der badischen Zentrumspartei und den Mitgliedern der Zentrumsfraktion im badischen Landtag das volle Vertrauen entgegen, daß die kirchlichen Interessen durch dieselbe gut vertreten werden. Was den katholischen Volksverein angeht, so läßt der Herr Erzbischof keine Gelegenheit vorbegehen, wo er nicht die Einführung und die eifrige Pflege desselben dem Geistlichen dringend ans Herz legt. Dem Weiter desselben, Herrn Dr. Schöfer, hat der Oberhirte wiederholt seine volle Anerkennung für dessen eifrige Arbeit im Volksverein ausgesprochen. Diese Gesinnung besteht bei dem Hochwürdigsten Herrn unverändert fort.

Mit anderen Worten: Heute ist der hochwürdigste Herr eben so „körnisch-waderisch“ gesinnt, wie er früher „berlinerisch“ war, zur höheren Ehre der Zentrumspolitik.

Diese Spiegelfechterei des Zentrums wurde vor einigen Tagen von den „Bad. Nachrichten“ treffend wie folgt charakterisiert:

Als wir die staunenerregende Mitteilung: „Parzer Wader auf dem Acker“ lasen, da war unser erster Gedanke: wie wird sich nun die sogenannte „gute Presse“, die Generalpächterin von Wahrheit, Recht und Freiheit aus der für sie, trotz kühner Abneigungen, Verleumdungs- und Beschwichtigungsversuche, immerhin doch sehr fatalen Lage herauslösen? Sie hat es richtig fertig gebracht, aber wie? Die aufgeschickte Raft war ganz des Kostgäbers würdig. Des Zentrums Kunst ist Drehen, Deuten, Spiegelfechterei und Wahrheitsbeugung! Heute ist man bei Leib und Leben nicht herikal, sondern ganz und gar nicht konfessionell; morgen ruft man mit Donnerstimme und Berseherzorn nach Alstern und Jesuiten; übermorgen schwärmt man mit verzücktem Augenverdruten für kirchliche Autorität in hoher und höchster Potenz; und wenns gar nimmer weiter geht, kriecht man dem und wehmütig zu Kreuze. Immer wie es gerade paßt. Aber trotz alle und alledem steht dieser neueste, dem badischen Zentrum und seinem Herrn erster Größe ertheilte Dsch. Daran heißt keine Maus ein Fädschen weg. Und daraus folgt der harte Schluß: Es freilich selbst im unüberwindlichen Zentrumsturm.

Sehr richtig!

Der Schluß des Landtags soll, wie Präsident Rohrbuch in der gestrigen Landtagssitzung erklärte, möglichst am Samstag, 27. Juni, erfolgen. Die Einhaltung dieses Termins setzt angelegte Arbeit der Kammermitglieder voraus und eine mögliche Einschränkung der Rederei, wovon bis jetzt wenig zu hören ist. Außerdem hat jedoch die erste Kammer noch eine Reihe Arbeiten zu erledigen, so daß mit Sicherheit sich ein Termin noch nicht bestimmen läßt.

\* Aus dem badischen Schulwesen. Bei der Lehrerinnenprüfung an der höheren Mädchenschule in Konstanz haben zehn Kandidatinnen die erste und eine Kandidatin die höhere Lehrerinnenprüfung bestanden. Der badische Lehrerverein und der Verein badischer Lehrerinnen veranstalteten vom 8. bis 15. August an der Universität Heidelberg einen Lehrerbildungskursus. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts empfiehlt in dem soeben erscheinenden Schulverordnungsblatt den Besuch dieses Kurfes.

Menschen zum schönen Sklaven erniedrigen, kurz, daß das monarchische Epitaphium eines Helvetius zur Unstimmigkeit, Grausamkeit und zu allen Verbrechen führte. Und jetzt die Lehren dieses großen Bürgers ihm erleuchtet hatten, verabscheute er die Atheisten, besonders wenn sie ein offenes und heiteres Herz besaßen, wie der alte Brottauer.

An den folgenden Tagen hatte Camelin Schlag auf Schlag eine Menge Menschen zu richten, einen früheren Aristokraten, der überführt war, Getreide vernichtet zu haben, um das Volk auszuhungern, drei Emigranten, die zurückgekehrt waren, um in Frankreich den Bürgerkrieg schüren zu helfen, zwei Dirnen vom Palais-Egalite und vierzehn Verdächtigen aus der Bretagne, Frauen, Greise, Jünglinge, Herren und Knechte. Das Verbrechen war offenbar, das Gesetz unbeugsam. Unter den Schuldigen befand sich ein reizendes zwanzigjähriges Mädchen im Glanze der Jugend, auf dem der Schänen ihres nahen Todes lag. Ein blaues Band schlang sich um ihr goldblondes Haar; ein Brusttuch von feinem Weinen umgab ihren weißen, geschmeidigen Hals.

Evarists Spruch lautete beständig auf Tod, und alle Angeklagten, mit Ausnahme eines alten Gärtners wurden aufs Schaffot geschickt. . . .

In der nächsten Woche nähten Evarist und seine Sektion fünfunddreißig Männer und achtzehn Frauen nieder. (Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zum erstenmal: „Tantchen Rosmarin.“

Seitere Oper in 4 Akten. Text von R. G. Strobl.

Musik von Robert von Hoffmann.

Wieder ist unser Opernspielplan um eine Neuheit bereichert worden, von der man jetzt schon voraussetzen kann, daß sie ein totgeborenes Kind sein wird. Am Montag abend ging die schmerzliche Entscheidung auf unseren Brettern, die die Welt

### Eine Lektion für Minister v. Bodman im badischen Landtag.

In der gestrigen Landtags-Sitzung setzte Minister v. Bodman gelegentlich des Gesetzentwurfs über die Armenpflege seine Angriffe gegen die Sozialdemokratie fort. Moralische Erörterungen machte er jedoch nicht. In einer Rede die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ, quitierte Genosse Dr. Frank dem badischen Minister des Innern für seine Kampfrede gegen die Sozialdemokratie, jedoch Herr v. Bodman sich veranlaßt zu sehen — durch Stillschweigen zu beweisen, wie haltlos seine politische Situation geworden ist.

#### 92. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 17. Juni.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman.

#### Abänderung des Gesetzes über die öffentliche Armenpflege.

Abg. Dr. Götter (Z. Sp.) erhebt den Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Gesetzes vom 6. Mai 1870 über die öffentliche Armenpflege betr. Der Gesetzentwurf will nähere Vorschriften über die Bewendung der Arbeitskraft der Hilfsbedürftigen schaffen. Die Regierungsvorlage will mit Hilfe eines strengen körperlichen Arbeitszwanges eine absehbare Wirkung auf böswillige Unterstützungsberechtigten erzielen; dagegen soll eine Unterbringung in einem polizeilichen Arbeitshaus im Sinne des § 262 Abs. 3 des Reichsstrafgesetzbuches unzulässig sein. Der Berichterstatter hat gegen die Regierungsvorlage schwere Bedenken einerseits weil der Arbeitszwang nicht auch auf den unehelichen Vater und auf die ihre Unterhaltungsverpflichtung gegenüber den Eltern vernachlässigenden Kinder ausgedehnt werden könnte, andererseits weil der Arbeitszwang gegenüber wirklich böswilligen Arbeitslosen versagt, weshalb der Rechtsstandpunkt nur durch die Schaffung reichsrechtlicher Strafbestimmungen verbessert werden könnte. Sozialdemokratischerseits werden schwere Bedenken gegen das Gesetz geäußert, da es einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet und zumal bei diesen Fragen der Einfluss des Bezirksrates, besonders dessen Vorsitzender, entscheidend, dessen Zusammensetzung den Wünschen eines großen Teils der Bevölkerung keineswegs entspreche. Das Zentrum anerkennt die Bedenken, fand sie jedoch nicht überzeugend. Die Nationalliberalen begrüßten das Gesetz. Die Regierung vertat den Gesetzentwurf, der mit einigen Änderungen in der Kommission gegen 4 Stimmen angenommen wurde.

Abg. Ködel (Zentr.): Mit diesem Gesetze werden wir draußen im Lande Zustimmung und Freude finden, denn über die in Frage kommenden Kameraden herrscht überall Erregung. Ein Wächter der Armenlosen in den Gemeinden wird dieses Gesetz vermeiden. Die praktische Durchführung des Gesetzes hat zwar Schwierigkeiten. Doch werden diese überwunden werden. Wir freuen uns über das Gesetz und danken der Regierung für die Vorlage.

#### Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Mißstände, die die Vorlage zur Unterlage hat, erkennen auch wir an. Es gibt Arbeitslose. Diese Mißstände müssen jedoch durch die Volkserziehung beseitigt werden. Das Beispiel der Besten muß hier wirken. Es gibt viele reiche Leute, die nichts für ihre armen Eltern tun und selbst im Amte befindliche Beamten handeln so. (Hört, hört!) Wir halten das Gesetz nicht für geeignet, die auch von uns anerkannten Mißstände zu beseitigen. Außerdem greift das Gesetz in das Reichsgesetz ein, was unzulässig ist. Wenn Sie jemand

#### in ein Haus einsperren,

ihm genaue Vorschriften über sein Verhalten und seine Arbeit machen, so bleibt es sich schließlich gleich, ob sie über das Haus Arbeitshaus schreiben oder nicht. Dieses Verhalten ist daher entschieden zu bekämpfen. Denn eine Nachahmung der preussischen Fessler ist ganz und gar nicht am Platze. Wenn jemand jedoch der Ansicht ist, daß die Vorlage einen berechtigten Untergrund hat, so muß er erst eine Änderung des betreffenden Reichsgesetzes verlangen. Dies anerkennt auch die Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Es bestehen daher auch

#### verfassungsrechtliche Bedenken gegen dieses Gesetz.

Wir kämen auch mit diesem Gesetz mit Bayern, Württemberg und Elsaß in Konflikt. Der Arbeitslose kann sich daher dem Gesetze leicht entziehen, wenn er z. B. von Mannheim nach Ludwigshafen oder von Rehl nach Straßburg geht. Auch gegen die Ausgestaltung des Gesetzes im einzelnen haben wir Bedenken. Denn es steht

#### mit dem Rechtsgefühl des Volkes in Widerspruch.

Ein armes Dienstmädchen mit einem unehelichen Kinde kann infolge seiner Not nach dem Gesetze eingesperrt werden. Dem reichen Vater geschieht jedoch nichts, wenn er seine Pflicht gegen sein uneheliches Kind verlegt. Aus dem Gesetze können die gefährlichsten Situationen entstehen. Man kann einen Vater einsperren, der nicht in der Lage ist, für die großen Ausgaben seines Sohnes zu sorgen. Einem Sohne, der sich in guten Verhältnissen befindet, geschieht jedoch nichts, wenn er nichts für seinen armen Vater tut. Außerdem entscheidet in diesen Dingen der Bezirksrat. Wir sind jedoch aufgrund des Vorgetragenen von

#### größtem Mißtrauen gegen die Bezirksräte

erfüllt. Außerdem gehören die Bezirksräte häufig zur Armenverwaltung, was leicht eine Befangenheit vorhanden sein läßt. Durch das Gesetz wird aus Born das wertvolle Gut der persönlichen Freiheit preisgegeben. Die Freude des Herrn Ködel über das Gesetz wird wohl bald vergehen. Denn die Mißstände, die Herr Ködel beseitigt wissen möchte, werden durch das Gesetz auch nicht beseitigt. Ich glaube auch nicht, daß durch die Einweisung in die Arbeitsstätten Leberleiden für die Gemeinden entstehen. Die Arbeitslosen werden sich wohl nicht so anstrengen, um Leberleiden zu erzielen. Auch in erzieherischer Hinsicht wird das Gesetz nicht wirken. Ist schon einmal ein Mensch durch eine Einweisung in die Arbeitsstätte gebessert worden? Der Weg der Volkserziehung ist der langwierigere und wenig dramatischere. Er führt jedoch zum Ziele. Ich erkläre daher namens meiner Freunde, daß wir das Gesetz ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heilmann (natl.): Das Gesetz erfüllt den Wunsch weiter Kreise. Ich kann die Hoffnungen nicht teilen, die Abg. Dr. Frank auf die Volkserziehung setzt. Denn die in Betracht kommenden Leute sind der Erziehung unzugänglich. Für diese Leute muß die Furcht und die Abschreckung wirken. Grundständige Bedenken habe ich gegen das Gesetz nicht. Nur die Lüste des Gesetzes erregen Bedenken, denn das Abg. Dr. Frank über die Väter unehelicher Kinder usw. sagte, verdient Beachtung. Diese Verschlechterung der Lage des unehelichen Kindes ist das größte Bedenken, das ich gegen das Gesetz habe. Auch ich halte eine Regelung durch Reichsgesetz für wünschenswert. Ich kann dem Gesetz nur zustimmen, wenn zugefügt wird, daß die schweren Schwächen des Gesetzes bald beseitigt werden.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Auch ich teile die Auffassung, daß die vorhandenen Mißstände auf diesem Gebiete beseitigt werden müssen. Für diese Elemente scheidet die Volkserziehung aus. Solange das Reich sich mit dieser Frage nicht befaßt, können wir durch Landesgesetz vorgehen. Der Gesetzentwurf will nicht strafend eingreifen, sondern er will nur den Arbeitszwang. Ich befürchte nicht, daß das bayerische Bezirksamt sich weigert, Hilfe zu leisten, wenn ein Arbeitsscheuer z. B. von Mannheim nach Ludwigshafen zieht. Abg. Dr. Frank: Dies wäre ja ungeschicklich, denn das badische Gesetz gilt doch nicht in Bayern.) Die Bedenken gegen das Gesetz sind daher nicht stichhaltig.

Minister v. Bodman: Alleis wurde das Vorhandensein von Mißständen zugegeben. Nur wurde bezweifelt, ob der von uns eingeschlagene Weg der richtige sei. Es wurde gesagt, daß das Gesetz in das Reichsgesetz eingreife, da die Einweisung in das Arbeitshaus eine Strafe bedeute. Derartige Bedenken liegen nahe. Bei näherer Überlegung muß man jedoch zu einer Überwindung der Bedenken kommen. Es handelt sich hier nicht um bei der Strafe um die Sühne für ein begangenes Unrecht. Es handelt sich bei der Überweisung in eine Anstalt nicht nur um Unterbringung in der Anstalt; der Betreffende kann auch außerhalb der Anstalt arbeiten. Es wird nur ein unmittelbarer Zwang zur Arbeit verlangt. Die Bedenken über das Eingreifen in das Reichsgesetz sind nicht stichhaltig. Ich glaube nicht, daß durch das Gesetz solche große Schäden, wie in der Debatte erwähnt wurden, entstehen. Der Abg. Frank sog den Vater herbei, der, weil es sich gerade gut machte, alt sein mußte, um ein Beispiel für seine Beweisführung zu erhalten. Dann sprach der Abg. Frank dem Bezirksrat das Vertrauen ab. Ich muß damit auf die gestrigen Ausführungen zurückkommen und protestiere dagegen, daß der Bezirksrat partiell zusammengefaßt sei und eine ganze Bevölkerung ausschließt. Der

Abg. Frank sagte dies, weil die Sozialdemokraten ausgeschlossen sind. Diese Worte des Abg. Dr. Frank stellen eine Beleidigung weiter Kreise der Bevölkerung dar, die ich konstatieren möchte. Meine Verwaltungsbeamten erfüllen die Pflicht gewissenhaft; an der Spitze des Bezirksrates steht der Oberamtmann, der über den Parteien steht. Ueber die Ausführung des Gesetzes werden wir uns mit den Nachbarkreisen verständigen. Es ist ein Mittel der Volkserziehung, daß hier Zucht und Ordnung hineinkommt. Ich glaube nicht, daß der Aufenthalt in Arbeitshäusern die Besserung ausschließt. Durch das Gesetz soll den Arbeiterfrauen geholfen werden.

#### Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Redner des Hauses, die zu der Frage sprachen, sprachen sachlich. Dem Minister blieb es vorbehalten,

#### eine persönliche Note

hineinzubringen. Der Minister glaubte wichtig zu sein, als er das von mir erwähnte Beispiel von dem unterstützungsbedürftigen Vater dahin sich selbst beantwortete, daß er „alt“ sein müsse, weil es sich besser mache. In unserem badischen Verwaltungsgesetz ist ja die Forderung, daß man durch „Kenntnisse, Tüchtigkeit und Gemeinnutz“ sich auszeichnen müsse, nur aufgestellt für den Eintritt in den Bezirksrat.

#### für Minister

hat das Verwaltungsgesetz diese Vorschrift nicht gegeben. Ich bin deswegen geneigt, die Ansprüche, die ich an einen Minister stelle,

#### auf ein ganz bescheidenes Maß

einzustellen. Aber ich meine, es ist doch nicht so viel verlangt, wenn man von einem Minister fordert, daß ernste Argumente, die hier vorgetragen werden, nicht von der Ministerbank ins Lächerliche gezogen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Ich kann auch von einem Minister verlangen, daß er weiß, daß der Vater älter ist als der Sohn. Meine Bemerkung war daher durchaus sachgemäß und ich verbitte mir, daß ich deswegen lächerlich gemacht werde. (Sehr gut! Sehr richtig! Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat der Minister gemeint, daß ich angeblich die Beleidigung, die gestern mir und meinen Parteifreunden in diesem Hause zugefügt wurde, heute damit beantwortet hätte, daß ich die Bezirksräte oder einen Teil der bürgerlichen Bevölkerung beleidigt hätte. Der Minister meint, in meiner Feststellung der Tatsache, daß die Bezirksräte nicht das Vertrauen sehr großer Bevölkerungsteile hätten, liege eine Beleidigung. Ich wiederhole das, was ich gesagt habe, in verschärfter Form: Nicht bloß meine engeren Freunde, sondern Hunderttausende im Lande, weit über die Grenzen meiner Partei hinaus, haben zu den Bezirksräten kein Vertrauen, sondern sie hagen.

#### Mißtrauen gegen diese Behörde.

Und wenn der Minister meint, darin liege eine Beleidigung, so kennt er die politische Geschichte unseres Landes und dieses Hauses nicht. Hier, in den vor mir liegenden Akten des Landtags findet sich ein Antrag zu den Kreiserversammlungen, aus denen bekanntlich die Bezirksräte hervorgehen, in dem über die Abgeordneten zur Kreiserversammlung folgendes gesagt wird: „Die Abgeordneten zur Kreiserversammlung sollen Vertrauensmänner der Gesamtbevölkerung sein, während dieselben in Wirklichkeit nur

#### Vertrauensmänner von Mittelspersonen

sind, in deren Vormundschaft die Bevölkerung sich zu begeben gezwungen ist.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die nach den verschiedentlichsten Rücksichten zusammengestellten Kreiserversammlungen sind schon an und für sich nicht geeignet, bei der Bezeichnung der Vertrauensmänner die Gesamtbevölkerung mit hinreichender Glaubwürdigkeit zu vertreten. Und über die Bezirksräte, die aus diesen „nicht vertrauenswürdig“ Kreiserversammlungen hervorgehen, ist gesagt: „Nicht weit weniger entsprechend ist das Verfahren, durch welches die Bezirksräte ernannt werden. Die Bezirksräte, durch deren Mitwirkung insbesondere ein größeres Vertrauen auf die Rechtfertigung und Unparteilichkeit der Bezirksverwaltung erzielt werden soll, müssen nicht nur „durch Kenntnisse, Tüchtigkeit und Gemeinnutz“ ausgezeichnet sein, sondern vor allem auch mit möglicher Sicherheit das Vertrauen des Volkes selbst besitzen. Die Männer dieses Vertrauens zu bezeichnen, ist dem Volke aber keine Gelegenheit gegeben.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte sind enthalten in einem Antrag, der allerdings schon vor langer Zeit hier im Hause eingereicht worden ist: Das geschah am 11. Januar 1878, in einem Antrag, der unterzeichnet war von Namen, die in der badischen Politik

bedeuten“, unter großem Getöse vor sich. Das zahlreiche Publikum, das zur Gewaltsamkeit erschienen war, nahm nur recht mißlaunig Teilnahme am Erscheinen dieses jüngsten der musikalischen Erdensbürger. „Zantchen Nosmarin“ nennt sich das Produkt und N. von Mosjivovics ist sein Erzeuger; beide haben sich anheimelnd einer ganz besonderen Gunst unseres ersten Hofkapellmeisters zu erfreuen. Denn daß Fritz Cortolegis uns aus rein künstlerischer Initiative mit dem Werk bekannt gemacht haben soll, muß schon wegen der Flachheit der Komposition als hinfällig gelten. Diese musikalischen „Scherz“ häufen sich nachgerade in erschreckender Zahl und gereichen dem Ansehen unserer Oper keineswegs zur Ehre! Bei diesem letzten Werk aber muß man die Einförmigkeit besonders lebhaft bedauern, denn abgesehen, daß sie auch gar keine artistischen Werte geben konnte, war sie eine unverantwortliche Ausnützung aller geistigen und stimmlichen Kräfte. So noch zwei Werte und dann sind unsere Opernkäfte tot. Wieviel wirklich wertvolle Neuerungen der modernen Musikliteratur, wieviel gute, alte, geübene Werke vorbildlicher Meister muß der musikalische Leiter seinem „geduldrigen“ Publikum wegen eines solchen zween- und belanglosen Quarks schulbig bleiben! Trotzdem schon rings um uns her die Wogen des Unmutes, der Ablehnung und schließlich des unabweisbaren Galgenhumors bedrohlich hoch gingen, hatten wir es uns zur Aufgabe gemacht, den eventuellen Schönheiten und Lichtmomenten das Herz im voraus nicht schon zu verschließen; aber schon nach dem zweiten Akt konnte sich dieser gute Voratz mit dem besten Willen nicht mehr aufrecht halten. Das Publikum, das hier schon manden Puff zu ertragen gewöhnt ist, nahm mit geradezu bangstigen der Miße oder mit gebarnigten Worten der Mißbilligung und des Spottes die ersten Akte auf. Am Schluß des Stückes war der Beifall ebenfalls höchst fragwürdig und diejenigen, welche klatschten, wollten jedenfalls den angelegentlichsten Künstlern für die gehobte zweifelhafte Mühe den wohlverdienten Dank danken; aber keinesfalls beabsichtigte man auch noch den Komponisten vor dem Vorhang zu sehen, der mit verbindlichem Lächeln das wohlfeile Aufmerksamkeits entgegennahm. Wenn jemand „Beifall“ beanspruchen dürfte, so konnten es nur einzig die pflichterfüllten Mitglieder unserer Oper sein und schließlich auch noch der Theatermeister, der dann gegen 11 Uhr endlich den Vorhang zum letztenmal herunter ließ. Und nun zum Werk und zur Aufführung selbst. Das Textbuch entnimmt der Feder des begabten Schriftstellers Karl Hans Strobl und behandelt in kurzer, glücklicher Form die bekannte Humoreske „Zantchen Nosmarin“ von Schöffe (1771—1848), die wir erst kürzlich im „Vollstreuer“ unseren Lesern brachten. Diesmal trifft es ausnahmsweise zu, daß das Textbuch auf einer weit höheren Stufe steht, wie das musikalische Schaffen des Komponisten. Die unterhaltene Handlung hat Strobl sehr geschickt in 4 kurze, nicht ermüdende Akte hineingepaßt. Das „Ermüden“ überließ er wohlweislich dem Komponisten mit seiner Musik, der auch von dieser Lizenz ausgiebig

Gebrauch machte. Die Reim- und Versprose ist leichtflüssig und nicht ohne humorvollen, präzisenden Heiterkeitsbeifschlag. Strobl kommt das Verdienst zu, daß man am Abend hier und da ein „Nächts“ hören durfte, das er bühnenpraktisch durch originelle Reimwendungen herausforderte. Über der Komposition hat jedoch mit peinlicher Gewissenhaftigkeit diese eingetretene Heiterkeits-Richter mit seinem Orchesterlärm abgewischt über gar völlig zugebend. Einzig tabellarisch am Text scheint uns der 6. Akt zu sein. Für ein Stück, das den Anspruch auf Heimatrecht an guten, vornehmen Bühnen haben will, wird diese Szene zum direkten Hindernis. Es ist nicht jedermanns Geschmack, sich aus dem Hund eines 17jährigen Mädchens die näheren Details des Verführungsaktes erzählen zu lassen.

Der Musik zu Strobls Text fehlt zunächst und in erster Linie das heitere Molort. Was Mosjivovics „beiter“ nennt, ist weiter nichts, als ein mörderischer Instrumentenspektakel, der sich bei seinen Höhepunkten zu ausgelassenen, absichtlich scharf klingenden, ganz bizarren Klangkombinationen (à la Nida, Strauß, nur dort viel wirksamer und glücklicher) steigert. Der vorberühmte Grundton ist somit eine breite, selbstschmelzende Arie. Was durchweg der ganzen Vertonung fehlt, sind die belebenden Gegenätze, sind Licht und Schatten in der Tonsprache. Die vielen wildentfesselten Wechselüberfälle können keinesfalls als Kontrastfarben gelten, denn sie widerprechen direkt dem graziös dahertrippelnden Wiedererweckel. Unter solch donnerndem Volsaungetöse mag man wohl irrend einen klassischen Götterpava durch die Wolken oder die Verienlung verflämnden, aber keinesfalls z. B. einen harmlosen Adolofaten den Aliminationsprozeß beginnen lassen. Das Wort ist über-gangig gemöhlt, wenn man bei Leberreidung des Textbuches davon spricht: — daß sich das Werk aus musikalisch dem nähern bürfte, was wir auf der Linie von Mozart (!) über Portzina (!) und G. B. S. (!) noch immer als wertvollste deutsche fomische Oper empfinden“. Zur Ehrenrettung Strobls müssen wir entschieden festhalten, daß die Dichtung, als der bessere Teil, mit der Musik nicht in enger Verbindung steht, und daß mit der Musik weder ein gesundes noch ein fröhliches Werk geschaffen wurde. Wenn wir hier einräumen wollen, daß die beiden ersten Akte für den denkenden Musiker vielleicht manche erhellende Anlässe enthalten können, so darf das nicht als Ziel setzen, denn die beiden anderen Akte flachen vollständig ab. Die kurzen, prägnanten, oft motivischen Anfangsmotive werden dann im Verlauf zu farblosen, abspannender Innenlichkeit bereinigten und wo die Erfindungsquelle erschöpft ist, treten konventionelle Instrumentenreflexionen und -borianten an ihre Stelle. Daß ein ganzes großes Liebesduett (3. Akt) auch Stroß mit seinem „Motiv der silbernen Kiste“ in fast unerkennbarer Weise erhalten muß, darf uns bei der vorberühmten Gedankenarmut nicht absonderlich verwundern. Die Singsimmen (besonders die von der „Zante“ und vom „Bürgermeister“) sind in hohem Grade

unjanglich gejeht und an ihnen, weil auch an der sonstigen Anlage der Partitur mag man wieder einmal erkennen: daß das Komponieren auch heute noch von dem zünbenden Funken eines Genius entflammt sein muß! Was aber im Studierzimmer dem grübelnden Suchen eines hochgelahrten Musikmagisters entpringt, kann allenfalls durch die mathematische Ausfüllung klüßiger und verblüffendster Forterbündigungen Staunen und Verwunderung auslösen; aber die geniale Ursprünglichkeit, die große Melodie Linie wird damit nicht ersetzt!

Um die Aufführung bemühte sich mit ganzer Hingebung Fritz Cortolegis, der durch sein großes Können dem musikalisch recht überflüssigen Werk immerhin eine spezifische Note zu geben wußte. Wenn wir ihm dieses verdiente Lob für seine große Mühebewaltung auch nicht vorenthalten dürfen, so ist damit aber nicht gesagt, daß wir ihm auch für die Annahme dieses Stückes Dank wissen. Uneingeschränkte Anerkennung verdient zunächst Beatrice Bauer-Kottlar als „Zantchen Nosmarin“. Stimmlich beherrschte sie diese eminent schwierige und anspruchsvolle Partie vollkommen und erschröpte diese auch in der Darstellung reiflos. Besonders glückte es ihr, den richtigen Ton für die vom Erziehungsroman geplagte Martrone zu treffen und die Liebe, mit der sie sich ihrer peimlichen Aufgabe hingab, kann nicht genug anerkannt werden. Dankbarer dem Komponisten behandelt sind das Suchen und der leichtlebige junge Baron. In Therese Müller-Reiche fand das „Suchen“ eine glänzende Verkörperung. Ihre vornehmen Darstellungsweise, ihrer persönlichen Anmut und Liebenswürdigkeit war es zu verdanken, daß diesem Suchen auch noch nach seiner Verführung der mädchenhafte Pauber nicht verloren ging und die vom Dichter beigegebene Naivität erhalten blieb. Stimmlich war sie auf der nämlichen Höhe und gleich tabellos wie ihr Partner Hans Sievert als „Baron v. d. Walzen“. Auch er hatte wieder einen seiner vortrefflichen Tage und darf von dem befriedigenden Bewußtsein erfüllt sein, seine Aufgabe ebenfalls mit dem besten Gelingen zu Ende geführt zu haben. Volksgang von Schwind schuf mit dem „Farrer“ eine gut gezeichnete Figur, der er auch seine prägnanten Stimmittel ließ. Franz Koba verdient mit der Bewältigung des umfangreichen „Bürgermeisters“ ebenfalls ehliches Lob. Seine Vielseitigkeit und Verwendbarkeit bewies wieder Hans Bussard als alter „Säbels“ und auch die „beiden Advokaten“ fanden in Fritz Mecher und Martin Wilhelm geeignete Vertreter. Den „Dr. Gallenstein“ spielte mit viel Geschick Felix v. Pro-nez. Die kleineren Solopartien lagen bei Eugen Kalnbach und Josef Gröbinger in bewährten Händen. Desgleichen soll auch Wilhelm Nagel für seine kleine solistische Leistung hier lobende Erwähnung finden. Die Regie lag bei Peter Dumars. Seine Anordnungen verdienen volles Lob und helfen dem schwachen Werk zu einer wenigstens äußerlichen Geltung, die sich in großer Gruppierung u. ä. bilderreich dem Auge darlat.

W. Sch.

Keinen schlechten Klang

haben, von den Herren Jungmann, Marbe, Ropp, Hennig, Hansjacob, Weginger, Bender, Förderer und Hug. (Hört, hört!) Diese waren also damals schon, denn das Gesetz hat sich seitdem nicht geändert, der Meinung, daß die badische Bezirksräte nicht das Vertrauen der Bevölkerung

haben und nicht die wirklichen Träger des Vertrauens der Volksmassen sind. Nun meine ich: Das, was man schon vor Jahrzehnten der Regierung und den Bezirksräten schriftlich geben konnte, daß nämlich die Bezirksräte nicht die Träger des Volkswertens sind, das wird man sich heute in der Volksvertretung zu sagen noch erlauben dürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister meint allerdings, er habe das Vertrauen, daß seine Bezirksräte unter dem Vorbehalt der Oberamtmänner genau so gut wie die Gerichte für die Nachprüfung in diesen Fragen geeignet seien. Das heißt doch die ganze liberale Gesetzgebung des vorigen Jahrhunderts vereinen. Denn was hat denn dann die Trennung von Justiz und Verwaltung für einen Wert, wenn die Oberamtmänner geeignet sind, über die persönliche Freiheit der Bürger zu entscheiden? Denn das wichtigste der Justiz, die Unabhängigkeit, ermangelt den Oberamtmännern und den Bezirksräten. Sie sind nicht unabhängig, sie sind abhängige Verwaltungsbeamte, abhängig nach allen Seiten und nicht geeignet, über die persönliche Freiheit von Staatsbürgern, auch wenn diese in Not und Elend herabgekommen sind, zu entscheiden. Wenn der Minister will, daß das Volk zu der Behörde Vertrauen haben soll, so muß er ihr auch eine Zusammenfassung geben, das diesem ermöglicht, seine Vertrauensleute hineinzuschicken. Die Arbeiter wollen nicht bloß Objekte, sie wollen auch

Subjekt der Gesetzgebung sein. Dies gilt auch für die Verwaltungsgerichte. So lange sich dies nicht ändert, wird das Vertrauen gegen die badische Verwaltung sich nicht vermindern, sondern es wird wachsen von Tag zu Tag und wie werden das unsere dazu tun, daß das Volk aufgefährt werde über die Zustände, die hier herrschen. Die Bedenken über das Gesetz selber haben unsere Bedenken nicht gerührt, sondern sie verstärkt. Durch das Gesetz werden die vorhandenen Mängel nicht beseitigt, sondern es werden neue Mängel hinzukommen, die einen

Schlag gegen das Rechtsgefühl des Volkes führen. Wenn das Volk hört, daß die uneheliche Mutter eingesperrt wird, der auferwehliche Vater aber nicht eingesperrt werden kann, so ist das, was das Gesetz hier bringt, ein neues, viel schmerzlicheres Übel, als die Tatsache, daß einmal ein arbeitsloser Mensch seine Pflicht gegen den Armenverband nicht erfüllt. Deswegen lehnen wir das Gesetz ab und meinen, daß die rechtsgesetzliche Regelung der ganzen Materie das Richtige wäre, wenn man überhaupt einen Arbeitszwang für notwendig hält. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Muser (Fortfchr.): Meine Fraktion stimmt in dieser Sache nicht geschlossen. Ich stimme dem Gesetze zu. Die Bedenken gegen das Gesetz sind nicht so groß. Unser Verwaltungsgerichtshof sowie die Bezirksräte geben keinen Anlaß zu Misstrauen.

Abg. Nebmann (Natf.): Auf Grund meiner Erfahrungen stehe ich dem Gesetze sympathisch gegenüber. Der Bezirksrat hat sich bewährt.

Abg. Vanshbach (Konf.): tritt für die Bezirksräte ein. Beseitigung der Gärten des Gesetzes siehe.

Minister v. Bodman: Wenn das Gesetz Gärten zeigt, so werden wir sie beseitigen.

Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung mit 50 Stimmen des Zentrums, der Nationalliberalen, der Konservativen und der Fortschrittler Muser und Denwald gegen 17 Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler Bendeck, Hummel, Wöner angenommen.

Nachtrag zum Voranschlag der Verkehrsankalten. Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt.

Abg. Hummel (Fortfchr.) erstattet den Bericht der Kommission. Es handelt sich besonders um verschiedene größere Neuanlagen sowie um eine Lohnerhöhung der Eisenbahnarbeiter um 20 Pfg., statt wie ursprünglich beabsichtigt, um 10 Pfg. Die Mehrausgabe für das Eisenbahnwesen erhöht sich durch den Nachtragsetz infolge der Forderungen für größere Bauanlagen um 1 228 200 Mk. Die Regierung gewährte die Lohnerhöhung nur unter der Bedingung, daß hierdurch die Lohnerückbildung auf eine Reihe von Jahren festliegt. Die Parteien, die deshalb Rücksprache mit den Verbänden nahmen, gaben die verlangten Zugeständnisse ab.

Abg. Graf (Zentr.) wünscht den Bau einer Bahn von Radolfzell über Singen in die Höri.

Abg. Schirmmeister (Zentr.) schließt sich den Ausführungen an.

Abg. Bendeck (Fortfchr.) unterstützt diese Wünsche. Finanzminister Dr. Rheinboldt: Unter den jetzigen Verhältnissen ist ein Gütertransport in ziemlich erheblichem Umfang möglich, bei dem die Fortschrittler bezeugen.

Abg. Seubert (Zentr.) äußert Wünsche für das Zugbegleitpersonal.

Abg. Ritter (Natf.) bedauert, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Abg. Geß (Soz.): Die Zustände bei der südlichen Einfahrt zum Offenburger Bahnhof sind unhaltbar. Es ist einfach unmöglich, daß die in dieser Gegend wohnende Bevölkerung ruhig schlafen kann, weil ständig Signale ertönen. Dem Übelstand kann im wesentlichen abgeholfen werden durch Verlegung der Semaphore außerhalb der Stadt und durch Erbauung der Pfeilsignale während der Nachtzeit für die einfahrenden Güterzüge durch einen elektrischen Verständigungsdienst.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Es liegt eine Mißachtung des Hauses darin, daß man den Wunsch nach Vermehrung des Fahrpersonals nicht erfüllt.

Eines gut besuchten Hauses durfte sich die Vorstellung am Sonntagabend erfreuen. Man gab „Cavalleria rusticana“ und „Der Bajazzo“; beides Werke von großer Beliebtheit, stets gerne gehört und zum eifernen Bestand jeder Opernbühne gehörend. Ueber die Aufführung des „Bajazzo“ haben wir in der gestrigen Nummer schon berichtet. Zur ersten Oper war für M. Lorenz-Höllinger natürlich wieder eine Gast-Sängerin als „Santuzza“ nötig. Wir machten auf diese Weise die angenehme Bekanntschaft mit einem Karlsruher Kind, nämlich mit Olga Wisella vom Stadttheater Effen. Der Gesamteindruck dieses ersten Auftretens war ein durchaus zufriedenstellender und auch das Publikum wußte seinerseits die gelungene Darbietung der anheimlichen Sängerin mit herzlichem Beifall anzuerkennen. Ungemein groß und volltönend, in den höchsten Lagen selbst noch von durchdringender Tragfähigkeit ist Olga Wisella's stimmlicher Fonds. Aber trotz aller Kraftfülle und Ausgiebigkeit lassen einzelne der höchsten Grenzstöne eine warme Timbreierung vermissen, da sich der Ton nicht frei genug beim Anschlag abklingt und rundet, sondern sich erst beim Ausklingen der Anschläge zu blühender Klangfülle entfaltet. Wer immerhin — auch bezüglich einer natürlichen Darstellungsweise — darf man der „Santuzza“ Olga Wisella's das wohlverdiente Lob nicht verweigern und vorenthalten. — Waren für diesen Abend die Herren Siwert und Wuffard beurlaubt? ... Wir meinen bloß, um eine wagnisreiche und aufregende Entschuldig für den leider immer noch festzustellenden Besetzungsmangel zu haben.

Abg. Hummel (Fortfchr.) freut sich über die Lohnerhöhung und bedauert, daß eine Vermehrung des Fahrpersonals nicht erfolgte.

Abg. Vöttger (Soz.): Meine Partei trat jederzeit für die Verbesserung der Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter ein. Es handelt sich hier nur um eine Abschlagszahlung. Nachdem jedoch aus finanziellen Gründen eine weitergehende Verbesserung nicht möglich war, begrüßen wir die Aufbesserung und wünschen, daß der Termin einer weiteren Aufbesserung nicht allzudeu hinausgerückt werde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vanshbach (Konf.) stimmt der Aufbesserung zu. Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Ich enthielt mich der Abstimmung, als über den Antrag auf Erhöhung der Eisenbahnerlöhne abgestimmt wurde. Damit wollte ich nicht gegen die Aufbesserung stimmen. Ich hatte nur finanzielle Bedenken. Ich freue mich, daß die Regierung jetzt eine entsprechende Vorlage macht und stimme dieser zu.

Abg. Worgenthaler (Zentr.) stellt fest, daß er damals für die Aufbesserung stimmte. (Dies wurde jedoch erst durch den Präsidenten festgestellt, während die Sekretäre eine abweichende Ansicht vertraten. D. B.)

Abg. Bechtold (Soz.): Ich bin der Meinung, daß die Wünsche der Arbeiter an der Main-Neckarbahn erfüllt werden müssen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Aus der Vorlage geht hervor, daß der Staat seine sozialen Pflichten erfüllt. Diese Entwicklung muß jedoch auch ihre Grenzen haben. Dies verlangt die Landwirtschaft und die Industrie. Mit ihrer Erklärung geben Sie mir die Gewißheit, daß wir jetzt an andere große Aufgaben herantreten können. Wir betrachten die jetzige Regelung nicht als Abschlagszahlung, wie Abg. Vöttger meinte, sondern als Abschluß. Diesmal haben wir die Arbeiterlöhne geregelt und in der nächsten Session werden dann die Angelegenheiten und Beamten an die Reihe kommen. Eine weitere Stellenvermehrung war nicht möglich; denn wir haben diesmal eine Stellenvermehrung vorgenommen wie nie zuvor. Dem Abg. Geß möchte ich erwidern, daß bei uns eine solche Lage noch nie eintrat. Wir werden jedoch die Klage prüfen. Die Signale sind nicht entbehrlich.

Abg. Hummel (F. Sp.): Ich möchte gegenüber dem Abg. Dr. Bernauer feststellen, daß ich als Berichterstatter die finanzielle Tragweite dieser Anträge erörterte.

Die Abg. Krauß (Natf.), Weiskaupt (Zentr.) und Mäkel (Zentr.) tragen lokale Wünsche vor.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.) erklärte, daß er dem Berichterstatter keinen Vorwurf machen wollte.

Das Haus verlag sich hierauf auf nachmittags 5 Uhr. Schluß der Sitzung: 1 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 5.45 Uhr. Eingegangen ist ein Antrag Hummel (F. Sp.) u. Gen., der für den nächsten Landtag die Vorlage eines Entwurfs zur Schaffung eines Gemeindebeamtengesetzes wünscht.

Die Tagesordnung — 8. Nachtragsetz — wird fortgesetzt. Abg. Graf (Zentr.) bringt für die Bodenseedampfschiffahrt Wünsche vor.

Abg. Duffner (Zentr.) betrachtet den Beitrag für die Schwanlandsbahn mit einem Heiteren und einem nassen Auge. Die hierbei angebotenen Grundstücke sollten auch bei anderen Projekten maßgebend sein.

Abg. Rauf (Zentr.) möchte dem Abg. Duffner zu wissen tun, daß zwischen den Wünschen Duffners bezüglich Kurzwagen und der Schwanlandsbahn erhebliche Unterschiede bestehen.

Abg. Herberich (Natf.) äußert lokale Wünsche. Finanzminister Dr. Rheinboldt: Es handelt sich jetzt um eine Projektbearbeitung der Schwanlandsbahn.

Der 8. Nachtragsetz über die Verkehrsankalten wird genehmigt.

Anträge zum Einkommensteuergesetz.

Abg. Wittenmann (Zentr.) berichtet namens der Kommission über die Anträge zum Einkommensteuergesetz. Ein Antrag Behner (Zentr.) verlangt bei Vorhandensein mehrerer Unterhaltsberechtigter die Steuerermäßigung, die andere Bundesstaaten in dieser Hinsicht haben. Der Kommissionsantrag schlägt zur Fixierung dieses Antrags vor, daß ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbares Einkommen 3000 Mk. nicht übersteigt und der auf Grund gesetzlicher Bestimmungen für unterhaltsbedürftige Personen sorgen muß, verlangen kann, daß bei Vorhandensein von 3 und mehr Unterhaltsberechtigten seine Steuerbelastung um den Betrag von 200 Mk. für jede unterhaltsbedürftige Person ermäßigt werde. Weiter schlägt die Mehrheit der Kommission vor, außer wenn besondere Verhältnisse vorliegen, bei Steuerpflichtigen, welche das 80. Lebensjahr überschritten haben und ledig, verwitwet oder geschieden sind und die keiner besonderen Unterhaltspflicht zu genügen haben, eine Steuererhöhung eintreten zu lassen. Ein Antrag Bendeck (F. Sp.), der eine Erhöhung der Steuerfreigrenze verlangt, wird gleich einer ähnlichen Petition des Verbandes deutscher Handelsgesellschaften als erledigt erklärt. Ebenso wird der 1. Teil des Antrags Kolb (Soz.), der die Steuerfreigrenze auf 1200 Mk. festgelegt wünscht, als erledigt erklärt, während der 2. Teil des Antrags Kolb, der verlangt, daß das Einkommen einer Ehefrau aus eigener Erwerbstätigkeit dem Einkommen des Ehemannes nicht zugerechnet wird, in dem Sinne der Regierung als Material überzogen wird, daß von dem Einkommen der Ehefrau vorweg 500 Mk. als Freibetrag abzugsfähig sind und nur der überschüssige Betrag dem Einkommen des Ehemannes zugerechnet wird.

Abg. Dr. Wöner (F. Sp.) begründet den Antrag Bendeck auf Erhöhung der Steuerfreigrenze. Die ablehnende Haltung des Zentrums gegenüber unserem Antrag nimmt sich fonderbar aus, wenn man an die Agitation dieser Partei bei den letzten Landtagswahlen gegen die Steuerreform des letzten Landtags denkt.

Abg. Kolb (Soz.): Begründet folgenden Antrag, worin die Regierung ersucht wird, einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes in dem Sinne vorzulegen, daß Personen mit einem Einkommen bis zu 1200 Mk. vom Betrag zur Einkommensteuer befreit sind, 2. dem Einkommen eines Steuerpflichtigen das aus eigener Erwerbstätigkeit fließende Einkommen einer Ehefrau nicht zugerechnet, sondern selbständig beantragt wird. Wir können die Gründe gegen unseren Antrag nicht als stichhaltig anerkennen, denn der Geldwert ist in den letzten Jahren gesunken. Wenn unser Antrag abgelehnt wird, so werden wir damit im nächsten Landtag wiederkommen. Man sollte diejenigen, die von der Hand in den Mund leben, von direkten Steuern per se freisetzen. Es freut mich, daß der 2. Teil unseres Antrags in teilweise Hinsicht mehr Zustimmung fand, indem man wenigstens 500 Mk. Erwerbseinkommen der Frau von der Besteuerung frei lassen will. Wir wünschen, daß bald ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wird.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.) begründet den Antrag Behner, welcher bei Vorhandensein mehrerer Unterhaltsberechtigter die Steuerermäßigungen wünscht, die andere Bundesstaaten ein-

führen. Infolge des Kommissionsantrags erübrigt sich unser Antrag, da der Berichterstatter Wittenmann im Kommissionsantrag unsere Wünsche teilweise fixierte. Wir stimmen daher dem Kommissionsantrag zu. Was das Zentrum im Wahlkampf über die letzte Steuerreform sagte, war richtig. Wir sind berechtigt, unsere Ansicht zu ändern, denn nur Varen und Esel ändern ihre Ansicht nicht. Der Steuernachschuß für kinderreiche Familien ist notwendig. Mit unserem Antrag leisten wir positive Arbeit. Durch eine Lebigensteuer wird der Ausfall gedeckt, der durch unseren Antrag hervorgerufen wird.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Durch die Anträge und Petitionen würden wir einen Steuerausfall von 2 Millionen Mark erleiden. Die Anträge sind nicht so dringend und zurzeit verdrängt der Staatshaushalt keinen Steuerausfall. Der Antrag der Kommission entsprechend bin ich jedoch bereit, Vorschläge zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes zu machen. Ob dies im nächsten Landtag möglich wird, weiß ich heute noch nicht. Jedenfalls muß erst ersichtlich sein, wie die Neuordnung des Gehaltsstufens auf unsere Finanzen wirkt.

Abg. Dr. Kolb (Natf.): Das Zentrum sah die Steuerfrage nach den Wahlen anders an als zuvor. Den Anträgen stehen wir sympathisch gegenüber, doch machen die Erklärungen des Finanzministers ein Eintreten unmöglich. Dem Lebigenparagrafen sieht die Mehrzahl meiner Freunde sympathisch gegenüber.

Abg. Muser (Fortfchr.): Die Angriffe des Zentrums gegen das letzte Einkommensteuergesetz sind unbegründet. Die Vorwürfe, die uns deshalb gemacht werden, sind als unqualifiziert zu bezeichnen. Dies gegenüber der Proklamation des Zentrums. Abg. Rauf (Zentr.): Der Abg. Dr. Wöner protokolierte uns. Wir machten beim Wahlkampf die Erfahrung, daß der Provozieren eine populäre Forderung ist. Abg. Muser hat keinen Grund, unsere Äußerungen über die Steuerreform so aufzubauen.

Abg. Muser (Fortfchr.): Ich nahm keine peinliche Untersuchung vor. Im Jahre 1894 zog das Zentrum einen Antrag Hug auf stärkere steuerliche Begünstigung der größeren Vermögen zurück, weil die Regierung ein „Unannehmbar“ entgegenhielt. Präsident Rohrbach: Ich bitte jetzt die parteipolitischen Auseinandersetzungen abzugeben. Es war früher üblich, derartige Auseinandersetzungen bei der allgemeinen Finanzdebatte zu machen. Zu dieser Seite sollte man zurückkehren.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Ich sage nur, daß man nicht wie ein Taschenmesser zusammenknuden muß, wenn die Regierung ein „Unannehmbar“ sagt. Ich wollte die Fortschrittliche Volkspartei damit nicht treffen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Der Zeitpunkt der Vorlage hängt von der Finanzlage ab.

Es wird zu den Abstimmungen geschritten. Der Kommissionsantrag, der ein Kinderprivileg vorsieht, wird einstimmig angenommen. Der Kommissionsantrag, der eine Jungesellensteuer verlangt, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler angenommen. Mit diesen beiden Anträgen ist der sich damit bedende Zentrumsantrag erledigt. Der Antrag Bendeck auf Erhöhung der Steuerfreigrenze und der Antrag Kolb auf Festlegung der Steuerfreigrenze auf 1200 Mark wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler als erledigt erklärt. Der Antrag Kolb auf selbständige Veranlagung des Einkommens der Frau aus Erwerbstätigkeit wird gegen die Stimmen einzelner Zentrumsmitglieder in dem Sinne der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen, als ein Erwerbseinkommen der Frau von 500 Mark als Freibetrag abgezogen werden darf.

Präsident Rohrbach bittet die Redner, sich in der Folgezeit kurz zu fassen, um eine Schließung des Landtags bis Samstag, den 27. Juni, zu ermöglichen.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. Schluß der Sitzung: 1/2 Uhr.

Dom 4. deutschen Städtetags.

(Eigener Bericht.) Dr. D. Köln, 16. Juni.

Der heutige zweite Verhandlungstag gehörte der „gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung“. Nach einem reichhaltigen Vortrage des um das Jungesellensteuer und Bauwesen der Stadt Köln hochverdienten Kölner Beigeordneten Behrert über die Grundgedanken des „Deutschen Werkbundes“, seine auf Durchdringung der Arbeit durch die Schönheit künstlerischer Form, Stofflichkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit, Schaffung von Autoritätswert auf allen Gebieten gegenüber den vom unwahren Schein- und Kopienwesen gerichteten Bestrebungen, erhaltend der Straßburger Beigeordnete Leon, der auch in Karlsruhe nicht unbekannt ist, das Referat über „Die Verbindung von Städten und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen“ in lehrreicher und formvollendeter Weise. Straßburg, das bekanntlich weder eigenes Elektrizitätswerk, noch eigene Straßenbahnen, noch eigenes Gaswerk besitzt, hat es unter der Führung seines Oberbürgermeisters Schwaner und tätiger Mitarbeiter des Beigeordneten Leon verstanden, nach langjährigem Kampfe gegen die im Besitze dieser Unternehmungen befindlichen Privatkapitalisten, durch den offenen und heimlichen Erwerb von 51 Prozent des Aktienkapitals einen maßgebenden Einfluß auf diese Unternehmungen zu erhalten, und freut sich nunmehr dieses schönen Erfolges und des Gedeihens der Werke im gemischt-wirtschaftlichen Betriebe, so daß es sogar im entscheidenden Momente davon absehen zu können glaubte, die 100 Prozent in seine Hände zu bekommen, — kein Wunder bei einer Stadt, die in dieser Weise an so wichtige Unternehmungen, ohne eigene Praxis und ohne eigenes Personal herantrat. Von der Verdrängung über diesen Erfolg ausgehend, war der Referent, ohne sich etwa prinzipiell gegen den kommunalen Regiebetrieb auszusprechen, doch zu sehr geneigt, die angeblichen kaufmännischen und technischen Betriebe, der öffentlichen Unternehmungen in Privatbesitzform, wie der Referent sie euphemistisch taufte, hervorzuheben, ohne genügend scharf zu betonen, wie anders sich die Verhältnisse da gestalten, wo die Gemeinde, wie z. B. in Karlsruhe, schon der Entwicklung fähige Straßenbahnen und Elektrizitätsunternehmen in eigener Regie besitzt, oder in der Lage ist, großartig eingerichtete und im Betrieb befindliche Unternehmungen in Kauf und Vogen ganz für sich allein zu erwerben, wie dies jetzt in Berlin bezüglich des Riesenwerkes der „Berlin-Elektrizitätswerke“ der Fall ist, über die z. B. ein heftiger Kampf zwischen der Stadt Berlin und der A.E.G. ausgekämpft wird. Noch mehr trat diese auf lokalen Gründen beruhende Voreingenommenheit zu Tage in dem Referat des Königsberger Oberbürgermeisters Dr. Köster, dessen Stadt sich genötigt gesehen hatte, eine unrentable Straßenbahn und ein rentables Elektrizitätswerk aus ihrer städtischen Regie auszuscheiden und in eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft durch Verpachtung einzubringen.

Die dem Städtetage zur Annahme vorgeschlagenen „Leitsätze“ gingen dahin: Eine Verbindung von Städten und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen wird für die deutschen Stadtverwaltungen bei solchen Betrieben in Frage kommen, deren Leitung vorwiegend nach kaufmännischen oder industriellen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Besonders geeignet ist sie bei Unternehmungen, die den Umkreis einer Einzelgemeinde überschreiten, und in allen Fällen, in denen der Gemeinde bei eigenem Betrieb „Schwierigkeiten“ entgegenstehen.

Die dem Städtetage zur Annahme vorgeschlagenen „Leitsätze“ gingen dahin: Eine Verbindung von Städten und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen wird für die deutschen Stadtverwaltungen bei solchen Betrieben in Frage kommen, deren Leitung vorwiegend nach kaufmännischen oder industriellen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Besonders geeignet ist sie bei Unternehmungen, die den Umkreis einer Einzelgemeinde überschreiten, und in allen Fällen, in denen der Gemeinde bei eigenem Betrieb „Schwierigkeiten“ entgegenstehen.

Auf jeden Fall erscheint es wünschenswert, daß die Kommunalverbände in den gemeinsamen Unternehmungen die Führung behalten. Die nähere Ausgestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Städten und Privatkapital hängt von der Lage des Einzelfalles ab.

Der Deutsche Städtetag spricht sich aber dagegen aus, daß auf dem Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung bestimmte Rechtsformen oder -Normen für die Verbindung von Gemeinden und Privatkapital geschaffen werden.

Trotz ihrer zähen Fassung riefen daher diese Vorfälle als Schlußfolgerungen der 2 Referenten aus der Mitte der Versammlung energischen Widerspruch hervor, und es war überaus interessant zu sehen, wie von Vertretern 4 großer politischer Parteien mit aller Entschiedenheit dem kommunalen Regiebetrieb das Wort geredet wurde. Zunächst war es von der fortschrittlichen Volkspartei der Oberbürgermeister Cuno von Hagen, der auf Grund der Erfahrungen des Rheinisch-westfälischen Industriebezirks für die kommunale Regie eintrat und insbesondere eine von der A.G. für die Zwecke der heutigen Verhandlung gelieferte und allen Delegierten ausgegangene „Statistik“ in ihrer absoluten Unbrauchbarkeit für die zur Entscheidung stehende Frage darlegte.

Als sozialdemokratischer Stadtverordneter von Berlin entwickelte Stadt. Heimann in überaus sympathischer ruhiger und sachkundiger Weise an der Hand der in Deutschland allenthalben gemachten Erfahrungen die Gefahren einer ohne dringende Not eingegangenen Verbindung von Gemeinden und Privatkapital für wirtschaftliche Monopolunternehmungen.

Als konservativer Oberbürgermeister von Berlin-Vichtenberg unterstrich der Oberbürgermeister Bieten den Widerstand, der darin liegt, wenn die deutschen Städte, diese mächtigen Faktoren wirtschaftlichen Lebens, sich Mut, Energie und Leistungsfähigkeit nicht vertrauen würden, mit Hilfe erschlagener und gutbezahlter Techniker auf diesem Gebiete daselbst zu leisten, was die Privatindustrie leistet.

Und der nationalliberale Oberbürgermeister Dr. Ventler von Dresden erhob schließlich ebenfalls entschiedenen Protest gegen die den Vorfällen von den zwei Referenten gegebene Begründung und bekannte sich als überzeugten Anhänger des kommunalen Betriebs. Daß die ganze Sache nicht einfach über einen Leisten geschlagen werden kann und die lokalen Verhältnisse eine entscheidende Rolle spielen müssen, wurde dabei im Laufe der weitläufigen Diskussion allenthalben anerkannt.

Die Karlsruher Vertreter stellten sich in bereitetem Schweißen. Ebenso der Berliner Oberbürgermeister. So sahen sich die zwei Referenten endlich genötigt, in ihrem Schlußwort ihre Ausführungen wesentlich dahin einzufügen, daß ihre auf speziellen lokalen Erfahrungen beruhenden Ausführungen nicht eine prinzipielle Spitze gegen den in erster Linie immer zu empfehlenden kommunalen Betrieb haben sollten, und es gelangten demgemäß die oben mitgeteilten „Reisefälle“ nur mit zwei nach Sachlage bedeutungsvollen Zusätzen zur Annahme, daß nämlich in Abs. II die „Führung“ der Gemeinde in allen gemeinschaftlichen Unternehmungen mit teilweisem oder rechtl. Monopolcharakter nicht bloß als „wünschenswert“, sondern als „notwendig“ bezeichnet

in Abs. I die gemeinschaftliche Unternehmung überhaupt nur da als zulässig erklärt wurde, wo ein rein kommunaler Betrieb aus dringenden Gründen nicht als angingig erscheint und wo es sich um die Ersetzung früherer rein privaten Konzeptionen handelt.

Es wurde damit zum Ausdruck gebracht, daß der kommunale Betrieb die Regel und die Grundlage der Gemeindegewirtschaft bei den monopolistischen Gewerksunternehmungen zu sein hat, und daß von dem 1. Referenten behauptete angebliche „Mißgänge des Munizipalsozialismus“ in der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Städte nicht zu finden ist.

Auch die Karlsruher Arbeiter- und Bürgerchaft kann in diesem Wortum der Städtetages eine Anerkennung ihrer eigenen Arbeiten und Leistungen der letzten Jahre finden und einen Beweis dafür, wann und wo sie sich an den berechtigten Unternehmungen beteiligen kann und wo nicht.

9. Verbandstag der Transportarbeiter.

Kr. Rln., 10. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

In geschlossener Sitzung wurde über den Punkt: „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“ von Döring-Berlin referiert. Die wichtigste Aufgabe unserer Organisation ist der Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse. Die Taktik des Kampfes muß sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richten und von allgemeinen Gesichtspunkten geleitet sein.

Die Stabilität unserer Organisation ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß wir eine große Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe erfolgreich trotz aller Schwierigkeiten abgeschlossen haben. Die Unternehmer stehen wie wir auf dem Standpunkt der Selbsthilfe, sie verlassen sich nicht auf die Gesetzgebung. Sie haben sich Einrichtungen geschaffen, die geeignet sind, uns die Erringung besserer Verhältnisse außerordentlich zu erschweren.

Der Ruf der Unternehmer nach mehr Schutz der Arbeitswilligen erklingt immer stärker. Wir geben einer Zeit entgegen, die unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Die Verantwortung unserer Funktionäre wird immer größer, sie müssen die ganze Entwicklung der Verhältnisse verfolgen. Die Größe unserer Organisation bringt uns nicht nur Vorteile, sie legt uns auch große Verpflichtungen auf.

Von gutem Erfolg war unsere Tarifpolitik begleitet. 93 700 Mitglieder sind von Tarifverträgen erfasst. In unseren Tarifverträgen sind gewiß auch noch Bestimmungen, die verbesserungsbedürftig sind — wir sind in mancher Hinsicht in unserer Bewegungsfreiheit behindert —, wir haben aber doch schon ganz wesentliche Vorteile für unsere Kollegen erlangt. Der Vorteil der Tarifverträge liegt besonders in der dadurch erreichten Stabilität der Löhne. Notwendig ist unter allen Umständen die Tariffrage auf beiden Seiten. In dieser Hinsicht lassen die Verhältnisse noch manches zu wünschen übrig, besonders bei den Unternehmern. Wir müssen aber unbedingt auch von unseren Kollegen die strengste Tariftreue verlangen.

In den nächsten Jahren laufen eine Reihe Tarife ab. Die Unternehmer gehen zusehends gegen systematisch gegen andere Organisationen vor. Da gilt es, bei Kämpfen eine gute Taktik einzuschlagen und vor allem die Organisation so auszubauen, daß sie allen Anstößen gewachsen ist. (Beifall)

Vierter Verhandlungstag.

Rln., 11. Juni.

In der fortgesetzten Diskussion über „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“ stimmten die Delegierten der vom Vorstande eingeschlagenen, grundsätzlichen Haltung zu. Der Verbandstag gab seiner Meinung in einer Entschiedenheit Ausdruck, die befiel:

Der neunte Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes erklärt sich mit den vom Vorstand bisher angewandten Grundsätzen bei der Taktik im Wirtschaftskampf einverstanden. Er hält eine Verschärfung derselben im Sinne der Ausführungen des Referenten für unbedingt notwendig.

Der Verbandstag billigt weiter ausdrücklich die vom Vorstandsvorsitzende bezüglich des Verhaltens der Mitglieder bei Einleitung und Durchführung von Lohnbewegungen und Streiks gegebenen Anweisungen.

Auf Vorschlag des Vorstandes beschloß dann der Verbandstag nach kurzen Erörterungen, einen Fonds zur Unterstützung der im Dienste der Organisation durch Unfall usw. erwerbsunfähig gewordenen Kollegen zu bilden. Hierzu sollen aus Mitteln der Orts- und Hauptkassen pro Mitglied und Jahr je 5 Pfg. bezahlet werden. Der Vorstand wurde beauftragt, dem nächsten Verbandstage eine diesbezügliche detaillierte Vorlage zu unterbreiten.

Die Beitragsfrage wurde ebenfalls in geschlossener Sitzung beraten. Werner-Berlin erstattete namens der Statutenberatungskommission Bericht. Er begründete den Standpunkt der Kommission in eingehender Weise und ersucht den Verband schließlich, möglichst einstimmig dem Vorschlage der Kommission zuzustimmen.

Es entspinnt sich über den Vorschlag eine eingehende Diskussion, in der die Notwendigkeit der Beitragserhöhung im allgemeinen anerkannt wird. Die Einführung der personellen Staffelbeiträge wird mehr bekämpft als befürwortet. Einzelne Redner befürchten, daß ein erheblicher Mitgliederverlust eintreten könnte, andere weisen nach, daß diese Befürchtung nicht eintreten wird, wenn eine genügende Aufklärung der Mitglieder über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung und der Staffelung der Beiträge erfolgt.

Es folgte dann die namentliche Abstimmung der Vorstandsvorlage und wurde dieselbe mit 127 Stimmen gegen 54 angenommen. Zwei Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Das Ergebnis der Abstimmung, nach der Zahl der von den Delegierten vertretenen Mitglieder berechnet, soll Freitag früh bekanntgegeben werden.

Nach dieser Vorlage soll der wöchentliche Beitrag in der ersten Beitragsklasse 75 Pfg., in der zweiten Klasse 60 Pfg., in der dritten Klasse 50 Pfg. und in der vierten Klasse 30 Pfg. betragen.

Die Erwerbslosenunterstützung soll mit 7 M. bei sechs Wochen Bezugszeit beginnen und sich je nach der Dauer der Mitgliedschaft auf 12 M. auf die Dauer von zehn Wochen.

Die Unterstützung bei Sterbefällen soll nach Zahlung von 52 Wochenbeiträgen 50 M. betragen und sich steigern bis auf 130 M. nach Zahlung von 412 Wochenbeiträgen. Die Unterstützung für verheiratete Ehegatten soll nach Zahlung von 52 Wochenbeiträgen 35 M. betragen und sich steigern bis 55 M. nach Zahlung von 142 Wochenbeiträgen.

Die Streikunterstützung wird in der dritten Klasse um 1 M. erhöht, statt 10 M. sollen in Zukunft 11 M. gezahlt werden. Der Zuschuß für die Kinder beträgt in Zukunft in den beiden ersten Beitragsklassen wöchentlich 1 M., in der dritten und vierten Klasse bleiben die bisherigen Unterstufungssätze von 75 und 50 Pfg. bestehen.

Die Verhandlungen werden auf Freitag früh vertagt.

Fünfter Verhandlungstag.

Rln., 12. Juni.

Die Sitzung beschäftigte sich mit den zum Statut gestellten Anträgen. Die Anträge, die auf Einführung einer Nutzungsunterstützung gestellt sind, wurden abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, der Paragraph, der vom Reichsschutz handelt, erhält folgende Fassung:

„Unentgeltlicher Reichsschutz wird gewährt bei Differenzen, die aus dem Arbeitsverhältnis (Vertragsverhältnis) oder in berechtigter Wahrung der Verbandsinteressen entstanden sind, sowie in solchen, die sich aus Ansprüchen der Mitglieder auf Grund der Versicherungsangelegenheiten ergeben, ferner bei Streitigkeiten mit behördlichen Organen, die in Ausführung der beruflichen Tätigkeit entstanden sind (Anlagen wegen Nebertätigkeiten usw.).“

Zur Erwerbslosenunterstützung wird beschlossen: Die Erwerbslosenunterstützung darf innerhalb fünf aufeinanderfolgender Beitragsperioden à 60 Wochen insgesamt nur dreimal in voller Höhe ausbezahlt werden.

Ferner wurde beschlossen: Vom Bauarbeiterverband übergetretene Mitglieder können in den Monaten Januar und Februar nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben, wenn sie bis 1. Januar 26 Wochenbeiträge in unsern Verband geleistet haben.

Bei Streiks und Auspflügelungen von mehr als vierwöchentlicher Dauer kann den beteiligten Mitgliedern ein Mietzuschuß gewährt werden.

Ferner soll der Vorstand berechtigt sein, bei Abwehrstreiks, Auspflügelungen oder Wagnisregelungen auch jenen Mitgliedern, die noch keine 18 Wochenbeiträge bezahlet haben, Unterstützung zu gewähren. Ueber deren Höhe soll von Fall zu Fall entschieden werden. Doch dürfen Kollegen, die zwei Organisationen angehören, nur von einer Unterstützung beziehen.

Die Delegation wird insoweit geändert, als beschlossen wird, daß für Verwaltungsstellen mit über 5000 Mitgliedern das Delegiertenrecht eingeführt ist.

Bei Kündigung von Tarifverträgen soll in Zukunft die Zustimmung des Verbandsvorstandes Bedingung sein.

Ein Antrag, daß die Anstellung von Beamten durch die Mitglieder zu erfolgen hat, wird abgelehnt.

Eine ganze Anzahl Anträge, die das Reglement des Unterstufungswesens betreffen, wurden dem Vorstand zur Erörterung überwiesen. Desgleichen jene Anträge, die sich auf Förderung von Agitationsmaterial beziehen. Die Anträge auf Verschmelzung mit anderen Organisationen werden dem Vorstand zur Weiterbehandlung empfohlen.

Alle Anträge auf Branchenkongressen werden gleichfalls dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Die Anträge auf Aufhebung der Baufondsbeiträge werden abgelehnt. Beschlössen wird dagegen, daß referierende Baufondsstellen von Unterstufungen in Abzug gebracht werden können. Nachdem noch eine Reihe redaktioneller Änderungen zum Statut beschlossen, wurde in der Vorstandswahl eingetreten und der bisherige Vorstand wiedergewählt. Der St. des Ausschusses leitete Magdeburg und wird Lübeck als Vorsitzender wiedergewählt.

Die am Freitag vorgenommene Abstimmung über die Erhöhung und Staffelung der Beiträge ergab, daß die 127 Delegierten, die mit Ja stimmten, 137 232 Mitglieder vertreten, die 54 Delegierten, die mit Nein stimmten, vertreten dagegen nur 73 534 Mitglieder.

Der nächste Verbandstag soll im Jahre 1915 in Stuttgart abgehalten werden.

Das neugeänderte Statut soll mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten.

Dem vorliegenden Genossenschaftstatut wurde unter Annahme einer Erklärung nach heftiger Debatte zugestimmt. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Döring-Berlin waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Kommunalpolitik.

Zu den Bürgerauschüssen der 2. Klasse in Freiburg

wird uns noch geschrieben: Bei der vorgestrigen Wahl der 2. Klasse stimmten von 9826 Wählern 2881 ab, das sind rund 30 Prozent. Davon entfielen auf die Liste des Zentrums 1248 (1911: 1085), auf die Liste der Nationalliberalen 998, auf die der Fortschrittler 325. Diese beiden Parteien brachten 1911 zusammen 704 Stimmen auf. Die Grund- und Hausbesitzer erhielten 877 Stimmen (1911: 810). Die Sozialdemokraten 137 (1911: 100). Unsere Partei hat mithin 28 Stim-

men eingebracht, wobei aber zu beachten ist, daß diesmal nicht bei einem Umlagefuß von 19,06 M. aufwärts — der Umlagefuß beträgt hier 34 Pfg. — in der 2. Klasse gewählt werden konnte, so daß also schon ein Einkommen von etwa 2000 M. erforderlich war. Im Jahre 1911 betrug der Umlagefuß für die 2. Klasse nur 16,22 M. Bei der Beurteilung der Stimmengängen der bürgerlichen Parteien ist zu berücksichtigen, daß darunter auch die 276 Stimmen der Bürgervereinigung mit inbegriffen sind, die diesmal nicht mehr am Kampfe teilnahm, im Jahre 1911, aber die erwähnte Stimmenganzahl in der 2. Klasse aufbrachte. Leider hat unsere Partei den einen Sitz, den sie in der 2. Klasse zu verteidigen hatte, nicht halten können; er fiel den Nationalliberalen zu, die mit 149,5 die höchste Stimmzahl aufwiesen. 13 Stimmen mehr hätten genügt, das Mandat für unsere Partei zu erhalten. Die Siege verteilen sich wie folgt: Zentrum 8 (1911: 7), Nationalliberale 4 (3), Fortschrittler 2 (2), Grund- und Hausbesitzer 2 (2).

Die 1. Klasse wählt am Freitag, 19. Juni. Die Sozialdemokratie hat für diese Klasse keine Liste eingereicht. Die Anhänger unserer Partei enthalten sich der Abstimmung.

\* Bretten. Mitteilungen aus der Gemeinderatsitzung vom 16. Juni. 1. Die Stadtgemeinde tritt der Haftpflichtversicherung gegen event. angerichteten Schaden der Feuerwehr bei. 2. Wegen Ueberfüllung des Krankenhauses wurden Erhebungen gemacht. Es hat sich dabei ergeben, daß diese Ueberfüllung nicht in dem Maße eingetreten ist, wie in der Öffentlichkeit geschätzt wurde. 3. Die Verpflegungssätze im Krankenhaus werden erhöht. Während früher für die bürgerlichen Krankenkassenmitglieder 2,10 M., die auswärtigen 2,30 M. bezahlet wurden, ist jetzt ein Einheitsfuß von 2,50 M. festgesetzt worden. 4. Als katholische Leichenfrau wurde die Frau K. Westermann bestimmt. 5. Erhebung einer Verbrauchssteuer auf Bier. Der Gemeinderat ist in seiner Mehrheit nicht abgeneigt, eine Verbrauchssteuer auf Bier zu erheben. Es sollen zu diesem Zweck Erhebungen bei anderen Gemeinden veranstaltet werden.

\* Zur Bürgermeisterwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

\* Zur Bürgermeistereiwahl in Schwellingen. In einer Besprechung des gesamten Gemeinderats und je eines Vertreters der Bürgerauschüsse von Schwellingen zu der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wurde beschlossen, die Stelle in den beiden Schwellingener Wäldern und in der „Karlstrücker Zeitung“ öffentlich auszusprechen. Als Jahresbeitrag sind 6000 M. in Aussicht genommen. Bewerbungen sind bis spätestens 25. Juni beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Gemeinliche Unterstützung zum Besuch der Dugra. Die Stadt Mannheim hat den Arbeiterorganisationen Reisebeschlüssen im Gesamtbetrag von 2000 M. zum Besuche der Dugra in Leipzig zur Verfügung gestellt. Der Reisezuschuß für die Person soll 35 M. betragen. („Dugra“ ist bekanntlich die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.)

auf 1. Juli eine Verbesserung durchzuführen? Der Stadtrat in seiner Mehrheit dürfte kaum so rückständig sein, sich einer Verbesserung zu widersetzen, abgesehen von Herrn Degler, der als „ungekrönter König von Masten“ betrachtet wird, und von dem nicht sehr viel zu erhoffen ist. Aber schließlich sind städt. Betriebe doch keine Privatbetriebe, sondern nach einem bestimmten Wort sollen Staats- und Gemeindebetriebe Musterbetriebe sein.

**Offenburg.**

In der letzten Bürgerausschussung kritisierte Gen. Haberer mit Recht das Fehlen wasserdichter Schutzkleidung für die städtischen Arbeiter, die mit Kanalreinen beschäftigt werden. Der Tiefbauvorstand erklärte hierauf, daß solche Kleidung vorhanden sei und nur von den Arbeitern benutzt werden möchte, ferner würden auch die Kanalarbeiter für solche Arbeiten Lohnzulagen bekommen. Diesen Ausführungen gegenüber sehen wir uns genötigt, festzustellen: 1. daß keine Gummi- oder Wachstuchjaden in städtischem Besitz zu finden sind, sondern nur blaue Drillschaden, durch die man die Zeitung lesen kann und durch die jeder Tropfen Wasser durchschlägt. 2. daß Lohnzulagen nur für Kanalreinigung am Seewinkel bezahlt werden. Diese Zulagen nebst Lohn hätte eigentlich die Eisenbahnverwaltung zu leisten, weil Abwasser des Bahngeländes den Kanal am Seewinkel durchlaufen müssen. Die Arbeiter, die die übrigen Kanäle reinigen müssen, erhalten so gut wie nichts. Wir sind der Ansicht, daß der Stadtrat oder das Tiefbauamt hier mit zweierlei Maß mißt; wir verlangen aber, daß allen Arbeitern, die mit Kanalreinen betraut sind, für diese schmutzige, stinkige Arbeit Lohnzuschläge erhalten. Was die einen erhalten, muß auch den anderen gewährt werden. Auch mit der Beschaffung von wasserdichten Jaden und Guben darf nicht mehr länger zugewartet werden. Der Kostenpunkt, der kein großer sein wird, darf nicht scheut werden. Im Interesse der Gesundheit und Keilichkeit der Arbeiter ist dies unbedingt erforderlich. In anderen Städten ist man schon längst in sozialer Hinsicht den Kanalarbeitern entgegengekommen. Hat der Arbeiterstadtrat davon keine Kenntnis oder für solche Forderungen kein Verständnis?

**Schwere Unwetter in Baden.**

Am Dienstag nachmittag sind in verschiedenen Teilen des Landes schwere Unwetter niedergegangen. Überall hat das Wetter schwer gehaust und bedeutenden Schaden angerichtet. Es liegen über das Wetter folgende Meldungen vor:

\* **Heidelberg, 17. Juni.** Durch den wolkenbruchartigen Regen, der gestern hier und in der ganzen Umgegend niedergegangen, ist der Neckar ganz bedeutend geschwollen. In Heilbronn ist der Fluß von gestern auf heute um einen Meter angewachsen. Gute früh betrug der Wasserstand 3,75 Meter.

\* **Kirchheim bei Heidelberg, 17. Juni.** Gestern nachmittag schlug der Blitz in die neuerbaute Scheuer des Landwirts Philipp Kocher ein. Das mit Heu und Strohborren angefüllte Gebäude brannte bald lichterloh. Das Vieh konnte von hilfsreichen Nachbarn gerettet werden. Der Brandschaden wird auf 10- bis 12 000 M. geschätzt.

\* **Reichenbach (Amt Eberbach), 17. Juni.** Hier schlug der Blitz in das Haus des Landwirts Karl Münch und tötete das zufällig in dem Hause weilende 15jährige Mädchen des Landwirts Anton Hed.

In Schwetzingen wurde der 35jährige verheiratete Arbeiter Gg. Her auf dem Bau der neuen Betriebswerkstätte vom Blitz getroffen und sofort getötet. Der Blitz war bei dem Bedauernswerten im Kopf eingedrungen, durch den ganzen Körper gefahren und hatte diesen an der linken Ferse weggerissen.

In Kürnbach (Amt Bretten) schlug der Blitz in die Scheuer des Landwirts Michel. Die Scheuer wurde vollständig eingestürzt.

Wiesloch wurde durch den wolkenbruchartigen Regen starker Schaden angerichtet. In den Amtsbezirken Adelsheim und Wargberg ging Hagelschlag nieder und richtete große Verwüstungen an. Die ganze Gegend glich auf einige Zeit einer Winterlandschaft.

Auch die Einsheimer Gegend wurde von Hagelschlag heimgesucht. Ziegel und Fenster wurden zertrümmert.

Ganz besonders schwer hauste das Unwetter in der Gegend von Forzheim, wo die Wüme schwere Hochwasser führte. Betroffen wurden hauptsächlich württembergische Orte. Von den badischen Ortschaften wurde Tiefenbronn besonders schwer heimgesucht. Die Wüme stieg so schnell, daß die Brücke zwischen Tiefenbronn und Steinegg weggerissen wurde. Das Wasser füllte weite Strecken aus. Die Wümmühle stand ein Meter hoch unter Wasser. In einer Wirtschaft waren sogar Leute in Lebensgefahr, da sie sich aus dem vollständig im Wasser stehenden Hause nicht mehr retten konnten. Erst nachdem Hilfe gekommen, war es möglich, die Leute in Sicherheit zu bringen. Amischen Wüme und Forzheim wurden vier hölzerne Fußgängerbrücken weggerissen.

In Forzheim erlitten abends die elektrischen Großfeuerzylinder. Der Alarm galt der Wasserversorgung im Wümmtal.

**Aus der Stadt.**

\* **Karlsruhe, 18. Juni.**

**Die Stadtratswahlen**

finden morgen Freitag, vormittags von 10-12-1/2 Uhr im Rathausaal statt. Zu wählen sind 11 Stadträte. Davon entfallen auf die Nationalliberalen 4, auf die Sozialdemokratie 3 und auf die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum je zwei Mandate.

Die Stadträte werden vom Bürgerausschuß nach Proporz gewählt. Da nach dem Ausfall der Stadtverordnetenwahlen an der bisherigen Vertretung der Fraktionen im Stadtrat sich nichts ändern kann, so haben sich die Fraktionen auf eine wesentliche Vereinfachung der Wahlhandlung verständigt, und ist demgemäß nur eine Vorschlagsliste aufgestellt worden. Diese gemeinsame Vorschlagsliste hat zur Folge, daß im Falle eines Ausscheidens während der ständigen Amtsperiode Ersatzmänner für die einzelnen Fraktionen nicht vorhanden sind und die Ersatzwahlen in solchen Fällen vom Bürgerausschuß direkt vorgenommen werden müssen. Die Fraktionen haben eine schriftliche, bindende Vereinbarung getroffen, daß der eventuelle Ersatzmann derjenigen Fraktion entnommen werden muß, welcher der Ausscheidende angehört hat. Ein Einspruchsrecht gegen die Person des Vorgesetzten haben die Fraktionen nicht. Für die diesmalige Wahl kommen unsererseits die Parteigenossen Pönnig, Dr. Dieß und Mayer (Grünwinkel) in Frage, welche alle schon seit 1911 dem Stadtrat angehört haben.

Gleichzeitig mit der Wahl der Stadträte wird auch die Wahl des geschäftsleitenden Vorstandes vorgenommen. Für diese Wahl ist im Gesetz der Proporz nicht vorgesehen, und ist daher eine Verständigung unter den einzelnen Fraktionen notwendig, wenn diese eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung auch in diesem Kollegium bekommen sollen.

Daselbe soll in der bisherigen Weise, monach Nationalliberale und Sozialdemokraten je 3 und Fortschrittliche Volkspartei und Zentrum je 2 Vertreter erhalten, zusammengefaßt werden. Von unserer Seite kommen die bisherigen Vertreter, die Genossen Rothweiler, Sauer und Schwall in Vorschlag. Genosse Sauer wird wieder als stellvertretender Obmann vorgeschlagen. Die Wahl zum Stadtverordnetenvorstand findet nur in der Zeit von 1/2 12 bis 12 Uhr und gleich daran anschließend, die Obmannswahlen von 12 bis 1/2 1 Uhr statt. Wir erziehen unsere Fraktionsgenossen, sich vollständig und rechtzeitig bei der Wahlhandlung einzufinden.

**Sozialdemokratischer Verein (Frauensektion).**

Die Genossinnen seien nochmals auf die heute abend 1/2 9 Uhr in der „Gambiriusstraße“, Erbprinzenstr., stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht Geschäftsbericht, Neuwahl des Vorstandes und ein Vortrag des Gen. Kolb über „Die Lehre von Karl Marx“. Die Genossinnen werden ersucht, sich zahlreich zu dieser wichtigen Versammlung einzufinden zu wollen.

**Der badische Parteitag**

bildete den Gegenstand der Beratung der gestern abend in der Gewerkschaftszentrale stattgefundenen Parteiverammlung. Der Besuch stand weit hinter jenem der letzten Parteiverammlung zurück. Man wird sich über jene Genossen, die nur erschienen, wenn es „interessant“ zu werden verspricht, seine eigenen Gedanken machen. Auch der Gegenstand der gestrigen Tagesordnung war doch wichtig genug, um ihm einen vollen Saal zu sichern; das gezeigte mangelnde Interesse ist sehr zu bedauern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende Gen. Sigmund das Wort, um einmal die Art der Karlsruher Berichterstattung an die „Leipz. Volkszeitung“ zu kennzeichnen. Ein Berichterstatter hatte an jenem Parteitag geschrieben, denjenigen Genossen, die im Landtagswahlkampf in Karlsruhe-Land in den liberalen Versammlungen als Diskussionsredner auftraten, wurde eine scharfe Abrechnung in Aussicht gestellt. Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Kein wahres Wort ist an dieser Meldung. Der Berichterstatter hat wesentlich die Unwahrheit geschrieben. Weder dem Parteivorstand noch dem Sekretär ist von einer Wahrnehmung oder sonstigem Einschreiten etwas bekannt. Der Berichterstatter will nur die Karlsruher Partei schädigen. Aus diesem Beispiel ist zu ersehen, was von derartigen Leistungen zu halten ist. Die Karlsruher Parteioffiziere kann sich neben allen andern Organisationen nicht allein innerhalb Baden, sondern auch außerhalb sehen lassen. Das zeigen die Vergleiche mit den Berichten aus den verschiedenen Reichstagswahlkreisen. — Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten.

**Stellungnahme zum badischen Parteitag.**

Den einleitenden Vortrag hielt Parteisekretär Gen. Trinks. Der diesmalige Parteitag, so führte Gen. Trinks aus, wird zu einem der wichtigsten und interessantesten werden, denn die politische Situation in Baden ist nunmehr eine vollständig veränderte. Von einem Abkommen zum ersten Wahlgang kann keine Rede mehr sein. Ueber den zweiten Wahlgang kann nach den jetzigen Verhältnissen entschieden werden. — Der Geschäftsbericht ist insofern erfreulich, als eine Zunahme von 4000 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Nun soll eine wichtige organisatorische Frage, die Sekretariatsfrage, einer Neuorganisation unterzogen werden. In Bezug auf das mittelbadische Sekretariat ist beabsichtigt, dasselbe aufzuheben. Von dieser geplanten neuen Regelung ist nicht der geringste Erfolg zu erwarten. Der Sekretär für Mittelbaden soll als Sekretär für den 9. Kreis angestellt werden, der Kreis erhält einen Zuschuß von Landesvorstand. Es wäre aber zu wünschen, daß mit den Experimenten endlich Schluss gemacht wird. Sicher ist, daß überall fürherhin in der Agitation intensiver gearbeitet werden muß. — Auch in Bezug auf Agitation für die Presse muß viel mehr geleistet werden. Jedoch beachtet auf die Presse, besonders der „Volksfreund“, eines weiteren Ausbaus. Ueber die Tätigkeit des Landtags wird Gen. Kolb referieren. Die badische Regierung hat mit ihrem Verhalten gerade in den letzten Tagen gezeigt, daß Baden sich in nichts mehr unterscheidet von andern Regierungen. Der Traum, daß wir in Baden in besseren Verhältnissen leben, dürfte ausgeträumt sein. Das Referat des Gen. Kolb wird mit Spannung erwartet werden. — Ueber die Tätigkeit des Reichstags wird Gen. Dr. Franz sprechen. Mit der Arbeit des Reichstags kann das Proletariat nicht zufrieden sein. — Redner wendet sich nun zu den vorliegenden Anträgen. Der Antrag „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ auf die Tagesordnung zu setzen, wird wohl nicht angenommen werden, denn zur Beratung dieser Frage ist keine Zeit. Aber auch über diese Frage wird einmal gesprochen werden müssen, denn sie ist für Baden wichtig. — Der Antrag betr. Beitragsleistung kranker Mitglieder kann angenommen werden. Der Antrag betr. Tragung der Delegationskosten durch die Landeskasse ist an sich sympathisch, aber wegen seiner Wirkung wird er kaum Annahme finden. Der Antrag betr. Abhaltung einer Frauenkonferenz jedes Jahre rennt offene Türen ein. Ein Antrag verlangt eine Broschüre, die sich an die Genossen in bürgerlichen Sportvereinen wendet. Eine solche Broschüre ist nicht nötig, denn es ist eine Selbstverständlichkeit für alle Genossen in solchen Vereinen, die Konsequenzen zu ziehen. — Verschiedene Mitgliedschaften verlangen ein Wochenblatt für rückständige Gegenden. Diese Anträge seien zu begrüßen. Ein Wochenblatt würde eine gute Vorbereitung für das täglich erscheinende Blatt sein. Der Antrag betr. Großblock ist überflüssig, denn an einen Großblock im ersten Wahlgang denkt bei der Lage der heutigen Verhältnisse kein Mensch mehr. Vom Unterland wird gewünscht, den nächsten Parteitag in Heidelberg abzuhalten. Das wäre genau so unangemessen wie die Abhaltung des Parteitags in Freiburg. Am besten wäre die Abhaltung fernerhin in Offenburg.

An den Vortrag des Gen. Trinks schloß sich eine längere Diskussion. Gen. Kruse bemängelte, daß der Bericht des Landesvorstandes den Genossen so spät zugestellt worden sei. In der Agitation hätte der Landesvorstand in Bezug auf Flugblattverbreitung mehr tun sollen. Das Flugblatt zur roten Erde habe nicht befriedigt. Daß über die Sekretariatsfrage erst auf dem Parteitag berichtet werden soll, wie es in dem Vorstandsbericht heißt, sei nicht zu billigen. Gerade hier wäre es nötig gewesen, den Genossen Gelegenheit zu geben, sich schon vorher zu dieser wichtigen Frage zu äußern. Die Zunahme an Abonnenen der Parteipresse in der roten Woche hätte besser sein dürfen, einige Tausend genügen nicht. Weiter beschäftigt sich Redner einsehend mit der Reichspolitik. — Gen. Kadel wendet sich gegen die Anträge auf Schaffung eines Wochenblattes. Ein solches Blatt kann heute unmöglich mehr den Ansprüchen der Leser genügen. — Im gleichen Sinne spricht Gen. E. Ged. Die Zeit der Wochenblätter sei vorbei, keine Partei mache das mehr. Ein besserer Ausweg wäre, wenn Genossen, denen die Mittel es nicht erlauben, allein das Parteiblatt zu halten, dasselbe gemeinsam abonnieren würden. — Gen. Müller-Würz meint, für die Genossen in bürgerlichen Vereinen brauche die Landeskasse nicht nach Geld auszugeben, es sei dauerlich genug, wenn diese Genossen noch nicht wüßten, wo

sie hingehören. Gen. Schön ist gegen die Beseitigung des mittelbadischen Sekretariats. Ein Wochenblatt sei nicht nötig, zumal ja auch die Partei im Spätsommer ein Familienblatt herausgibt. In der Frage der Lasten muß die Partei auf dem Parteitag einen starken Eindruck nach links machen. Der badische Parteitag soll es freudig begrüßen, daß auf der Tagesordnung des internationalen Kongresses die Alkoholfrage steht. Gen. Sigmund und weit darauf hin, daß Baden sich sowohl, was die Zunahme an Mitgliedern wie die Zahl der verkauften Beitragsmarken betreffe, sich sehen lassen kann. In der Sekretariatsfrage wäre zu wünschen gewesen, wenn der Landesvorstand auch die Vorstände der in Betracht kommenden Kreise mit zur Beratung zugezogen hätte. Der größte Schaden für die Partei ist, daß in außerbadischen Blättern die badische Parteibewegung ständig herabgesetzt wird. Wir führen in Baden den Klassenkampf genau so, wie er anderswo geführt wird. — Gen. Dietrich verbreitet sich über die Presse. Die Preßkommission des „Volksfreund“ habe zu wenig Einfluß, da das Blatt Landesorgan sei. Der Bericht des Landesvorstandes hätte in der Presse ausführlicher behandelt werden sollen. — Gen. Lang möchte den Antrag betr. Delegationskosten mindestens dahin unterstützen sehen, daß den Delegierten die Reisekosten aus der Landeskasse erstattet werden. Von der geplanten Neuorganisation des Sekretariats sei abzuraten. — Gen. Blanke wendet sich gegen die Aufhebung des mittelbadischen Sekretariats. Weiter spricht Redner entschieden für Schaffung eines Wochenblattes. — Gen. Sigmund die Arbeiterportvereine in Schutz. — Nachdem sich Gen. Ged nochmals kurz zur Wochenblattfrage geäußert, wobei er wiederholt von der Schaffung eines solchen Blattes dringend abriet, war die im ganzen sehr ruhig und sachlich verlaufene Debatte erschöpft. — Gen. Trinks behandelte in seinem kurzen Schlusswort einige angehängliche Fragen, worauf Gen. Sigmund die Versammlung schließen konnte.

**Verlegung des Abtaltbahnhofs und Einführung von gemeinschaftlichen Karten für Straßenbahn und Abtaltbahn.**

Der Stadtratsbericht meldet: „Mit der Badischen Lokal-Eisenbahn-Gesellschaft soll vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach die Gesellschaft bis spätestens 1. Januar 1915 die Endhaltestelle der Abtaltbahn auf die Südseite der Reichstraße verlegt und daselbst einen Endbahnhof nach Maßgabe des mit der Stadtgemeinde vereinbarten Projektes errichtet. Mit der Inbetriebnahme wird die jetzige provisorische Linie nördlich der Reichstraße außer Betrieb gesetzt. Die Gesellschaft verpflichtet sich, vom Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Endbahnhofs bei der Reichstraße an die Fahrpreise für alle Stationen der Abtaltbahn, entsprechend der Verkürzung der Streckenlängen, herabzusetzen, soweit Änderungen der Tariflängen sich durch die Verlegung des Endbahnhofs ergeben, und gleichzeitig die Fahrpreise für die einfache Fahrt Karlsruhe-Müppurr auf 10 Pf. und für die einfache Fahrt Karlsruhe-Etlingen (Holzhof) auf 20 Pfennig und darnach auch die Zeitkartenpreise, den neuen Tariflängen entsprechend, zu erniedrigen. Außerdem wird vom gleichen Zeitpunkt an für die Stationen der Abtaltbahn ein Gemeinschaftskartensystem mit der Berechtigung zur Mitbenützung der Straßenbahn nach bestimmten Sätzen eingeführt. Als Ersatz für den Verlust, der der Gesellschaft durch den Verzicht auf den Betrieb der Strecke nördlich der Reichstraße und die dadurch bedingte Herabsetzung der Fahrpreise sowie infolge der Einführung des vereinbarten Gemeinschaftskartensystems, zahlt die Stadt der Gesellschaft eine einmalige Entschädigung von 200 000 Mark. Die Gesellschaft verpflichtet sich weiter, auf der Strecke Karlsruhe-Müppurr einen viertelstündigen Wagenverkehr spätestens in dem Zeitpunkt einzuführen, in dem der Stadttief Müppurr, südlich des Rangierbahnhofs und östlich der Alb eine Einwohnerzahl von 7000 erreicht haben wird.“ — Abgesehen von der uns etwas sehr hoch dünkenden Entschädigung von 200 000 Mark, die die Stadt zu zahlen hat, scheint uns die nunmehr erfolgte Regelung eine auch für unsere Vorortbewohner und Etlinger Nachbarn annehmbare Lösung zu sein.

**Veranstaltungen.**

\* **Schiffkonzert im Stadtpark.** Der Stadtparkkommission ist es gelungen, für nächsten Freitag abend einen hervorragenden Pflanz-Virtuos, den 1. Solotrompeter des rühmlichst bekannten Berliner Wilharmonischen Orchesters, Herrn Richard Stegmann, zu einem Gastspiele im Stadtpark anzuwerben, das in Verbindung mit einem Konzert der Artilleriekapelle Nr. 50 unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Schotte stattfinden wird. Herr Stegmann zählt trotz seiner jungen Jahre zu den besten Vertretern seines Faches. Als Solist dürfte er nicht so leicht übertroffen werden. In der im Programm vorgesehenen Fantasie „The Jaborit“ wird er hinreichend Gelegenheit finden, seine Qualitäten zu entfalten. Herr Obermusikmeister Schotte hat für die Vorträge seiner Kapelle gleichfalls ein ausserordentliches Programm zusammengestellt, das jeden Verehrer der musikalischen Kunst auf seine Rechnung bringen wird. Der Besuch des Konzertes kann daher nur empfohlen werden. Bei ungünstigem Wetter wird es im kleinen Festballeaal abgehalten (mit Restauration). Die Eintrittspreise sind die gewöhnlichen (60 und 30 Pf.). Die Musikabonnementsarten haben Gültigkeit. Wegen des Näheren siehe man das Inserat in heutiger Nummer.

**Zur Lage in Albanien.**

Neuer Angriff auf Durazzo.

Durazzo, 17. Juni. 1.30 Uhr nachmittags. Die Aufständischen haben die Stadt plötzlich wieder angegriffen, während die Miriditen gegen Schiak im Gefecht stehen. Man fürchtet, daß die Aufständischen jeden Augenblick in die Stadt in großer Zahl eindringen könnten. Die Malfisoren weichen zurück, aber man ist dabei, neue Verteidigungsmassregeln zu treffen, um die Stadt zu halten bis neue Verstärkungen von Norden eintreffen.

Durazzo, 17. Juni, 7.15 Uhr abends. Das aus 1000 Miriditen und Malfisoren bestehende Expeditionskorps ist von den Aufständischen umzingelt und dezimiert worden.

Durazzo, 18. Juni. (Verpätet eingetroffen). In der Lage ist gestern nachmittag keine Änderung eingetreten. Gegen Abend entfannten die Aufständischen zwei Parlamentäre zum Fürsten um zur Einbringung der Toten und Verwundeten einen zweitägigen Waffenstillstand zu erbitten. Die Unterhändler wurden abgewiesen. — Heute früh soll ein Ansturm auf Raftball ausgeführt werden.







### Achtung!

- Anzüge, 1- u. 2reihig von 9.25 bis 20.50
- Anzüge, Ersatz f. Mass, 1- und 2reihig . . . 23.50 „ 45.—
- Mod. Beinkleider . . . 2.90 „ 8.50
- Gummi-Mäntel, wasserdicht garant. „ 13.— „ 26.50
- Bozener Mäntel, wasserdicht impräg. „ 8.50 „ 28.50
- Pelerinen, wasserdicht imprägniert . . . „ 5.50 „ 15.50
- Moderne Westen, einfarbig und bunt „ 2.50 „ 7.50

Grosse Auswahl in:  
**Kinder-Wasch- und Stoff-Anzügen**  
 Hüte, Mützen, Krage, Krawatten, Hosenträger, Einsatzhemden, Socken, Taschentücher, Normalwäsche, Regenschirme, Stöcke, abwaschbare Krage und Garnituren, waschechte Garnituren 95 „, 75 „, gestrickte Kinder-Anzüge, Berufs-Kleidung.  
 Grosse Auswahl. — Reelle Bedienung.

### Konfektionshaus Merkur

Inh.: G. Nathan 1718  
 nur in **Durlach** Ecke Haupt- u. Gritznersstraße  
 Achten Sie genau auf Firma „Merkur“ in Durlach.  
 Besichtigen Sie meine 7 Auslagen.  
 Sonntags geöffnet von 8-9 Uhr und von 11-2 Uhr.  
 Möchte meine werten Kunden aufmerksam machen, dass dieses Geschäft mein einziges in der ganzen Umgebung ist und zu keinem anderen Geschäft gehört.

### Pfannkuch & Co

Frühling eingetroffen:  
 Die ersten Holländer  
**Vollheringe**  
 per Stück 10 Pfg.  
 Neue  
**Bismarck-Heringe**  
 Stück 10 Pfg.  
 die 4 Liter-Doze Mk. 2.70  
 Neue  
**Sommer-Matta-Kartoffeln**  
 3 Pfund 40 Pfg.  
 10 Pfund Mk. 1.25  
**Gelbfleischige Italiener-Kartoffeln**  
 3 Pfund 32 Pfg.  
 10 Pfund Mk. 1.—  
**Frische junge Bohnen**  
 Pfund 35 Pfg.  
 Letztere nur in den Filialen mit Stadtverband. 1718

**Spottbillig**  
 kaufen Sie neue und getragene Anzüge schon von 5 Mk. an, Toppfen, Hosen von 1.50 Mk. an, Damen- und Kinderkleider, R.-Anzüge v. 3 Mk. an, Schuhe, ca. 200 Paar, v. 1—5 Mk. nur bei  
**Glötzer, Markgrafenstr. 3.**

**Arbeitsanzüge**  
 Prima Btuch . . . Mk. 3.80  
 Prima Halbleine . . . Mk. 5.—  
 Riesen-Drell . . . Mk. 5.—  
 Erstklassige Verarbeitung.  
 Auf diese Preise noch Rabatt-Marken=5% Rabatt.  
**Hertenstein**  
 Inh. Fr. Kuch, Herrenstr. 25.

**Prima Dörrfleisch**  
 1185  
 soweit Vorrat  
 das Pfund 0.90  
 in ganzen Stücken  
 das Pfund 0.80  
 in allen Filialen erhältlich  
**Gebr. Hensel, Hofstr.**

**Volksschuhreparatur**  
 36 Waldhornstraße 36  
 Ecke Markgrafenstraße  
 früher Pächterstraße 19,  
 liefert sämtliche Arbeiten in bester  
 bekannter Qualität.  
**Herren-Sohlen und Abzüge**  
 Mark 3.00  
**Damen-Sohlen und Abzüge**  
 Mark 2.10.  
 Auf jede Reparatur kann gewartet werden. 741

**Rintheim.**  
**Wohnung zu vermieten.**  
 Eine Mansarden-Wohnung, 1 Zimmer mit Küche und Zubehör ist auf 1. Juli 1914 zu vermieten. 1707  
**Christian A. Schleifer**  
 Hauptstr. 68

**Gesucht sofort: Bauhilfsarbeiter Zimmerleute**  
 (Einschaler)  
 Schlafgelegenheit für 20 Pfg. und Kantine.  
**Steinzeugwerke in Muggensturm.**

**Friseur-Gehilfe gesucht**  
 Stelle für Aushilfe 10 Mark. 1689  
**Durlacherstraße 105.**

**Arbeitsanzüge**  
 Blaue 647  
 Prima Btuch . . . Mk. 3.80  
 Prima Halbleine . . . Mk. 5.—  
 Riesen-Drell . . . Mk. 5.—  
 Erstklassige Verarbeitung.  
 Auf diese Preise noch Rabatt-Marken=5% Rabatt.  
**Hertenstein**  
 Inh. Fr. Kuch, Herrenstr. 25.

**Prima Dörrfleisch**  
 1185  
 soweit Vorrat  
 das Pfund 0.90  
 in ganzen Stücken  
 das Pfund 0.80  
 in allen Filialen erhältlich  
**Gebr. Hensel, Hofstr.**

**Volksschuhreparatur**  
 36 Waldhornstraße 36  
 Ecke Markgrafenstraße  
 früher Pächterstraße 19,  
 liefert sämtliche Arbeiten in bester  
 bekannter Qualität.  
**Herren-Sohlen und Abzüge**  
 Mark 3.00  
**Damen-Sohlen und Abzüge**  
 Mark 2.10.  
 Auf jede Reparatur kann gewartet werden. 741

**Rintheim.**  
**Wohnung zu vermieten.**  
 Eine Mansarden-Wohnung, 1 Zimmer mit Küche und Zubehör ist auf 1. Juli 1914 zu vermieten. 1707  
**Christian A. Schleifer**  
 Hauptstr. 68

**Arbeitsanzüge**  
 Blaue 647  
 Prima Btuch . . . Mk. 3.80  
 Prima Halbleine . . . Mk. 5.—  
 Riesen-Drell . . . Mk. 5.—  
 Erstklassige Verarbeitung.  
 Auf diese Preise noch Rabatt-Marken=5% Rabatt.  
**Hertenstein**  
 Inh. Fr. Kuch, Herrenstr. 25.

**Zu billigsten Sommerpreisen**  
 empfehle ich alle Sorten  
**Koblen, Koks, Briketts und Holz**  
**Syndikatsfreie Kohlenhandlung Karl Nieß**  
 Kontor: Karlstraße 20. Telefon 2363.  
 Man verlange Preisliste. 1714

# Reste-Tage

Donnerstag Freitag Samstag

Grosse Posten Reste und Coupons in  
**Waschstoffen, Wollmousselines, Crêpons, Kleiderstoffen**  
 kommen während dieser Tage  
**staunend billig**  
 zum Verkauf.

- |   |            |   |            |  |            |
|---|------------|---|------------|--|------------|
| <b>Serie I</b><br>Baumwoll - Mousselines<br>Cattunes u. Crêpons etc.<br>jeder Rest 2 bis 2½ m                     | <b>75</b>  | <b>Serie II</b> Chemise für<br>Blusen u. Kleider, Moussel.<br>imit., mit u. ohne Borden<br>jeder Rest ca. 2 bis 3 m   | <b>95</b>  | <b>Serie III</b><br>Woll-Mousselines u. imitiert,<br>Satin bedruckt etc.<br>jeder Rest ca. 2 bis 4 m     | <b>145</b> |
| <b>Serie IV</b><br>Foulardines kleingemust., Mousse-<br>lines, Zefirs, Voile etc.<br>jeder Rest ca. 2 bis 5 Meter | <b>190</b> | <b>Serie V</b><br>Wollstoffe, bedruckte Voile, Woll-<br>Mousselines und imitiert etc.<br>jeder Rest ca. 2 bis 6 Meter | <b>245</b> |  |            |
| <b>Serie VI</b><br>Leinen u. Imitation, Woll-<br>Mousselines, Batiste etc.<br>jeder Rest ca. 2 bis 6 m            | <b>290</b> | <b>Serie VII</b><br>Bedr. Satins, Foulardines,<br>Voile, Mousselines<br>jeder Rest ca. 2 bis 6 m                      | <b>375</b> | <b>Serie VIII</b><br>Kostümstoffe, Zefir, Woll-<br>Mousselines und Imitation<br>jeder Rest ca. 2 bis 6 m | <b>450</b> |
- 1 Posten **Kostümstoffe**, ca. 130 cm breit,  
elegante Streifen für Kostüme und Röcke  
allerneueste Dessins . . . jeder Meter **2.75**
- |   |           |  |           |   |           |
|---|-----------|--|-----------|---|-----------|
| 1 Posten <b>Schürzen-<br/>zeuge</b> , beste wasch-<br>echte Qualität<br>jeder Meter | <b>85</b> | 1 Posten <b>Sportflanelle</b><br>neueste Streifen<br>jeder Meter | <b>35</b> | 1 Post. <b>Sportflanelle</b><br>solide Qualität, für<br>Blusen u. Hemden<br>jeder Meter | <b>65</b> |
|---|-----------|--|-----------|---|-----------|

Mode- und Aussteuer-Haus 1711

# LANDAUER.

Donnerstag, Freitag, Samstag Solange Vorrat

Ca. 2000

## Stroh-Hüte

für Herren, Knaben und Kinder.

Ca. 3000 Paar

## Strümpfe und Socken

1706

# Hermann Tietz

Morgenstraße 55, 8. St.,  
 gut möbliert. Zimmer  
 auf 1. Juli für 18 Mk. mit  
 Kaffee zu vermieten. 1716

Schützenstr. 52, eine Treppe,  
 hoch, ist freundl. Zimmer  
 mit 2 Betten zu vermieten. 1715

**Pfannkuch & Co**  
 Heute eingetroffen  
**Frische Kirschen**  
 ausgesuchte Ware  
 Pfd. 20 Pfg.  
**Frische 1886 Ananas-  
 Erdbeeren**  
 Pfd. 30 u. 35 Pfg.  
**Bananen**  
 Pfd. 30 Pfg.  
**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 in den bekanntesten  
 Verkaufsstellen.

Schönes Bett mit Federbett  
 25 u. 32 Mk., 1 engl. Bett mit  
 3 teil. Matr., pol. Schraub 25 Mk.,  
 Truzeug 15 Mk., Kommoden  
 von 12 Mk. an, Küchenschrank.  
 Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.  
**Manestr. 24, 2. St. r., ist**  
 ein möbliertes Manfardenzimmer  
 zu vermieten.